

NORMUNG UND RECHT



Inhalt



© Boris Zenwann, AdobeStock

Titel

- 04 Delegierte Rechtsakte als Instrument europäischer Gesetzgebung
- 06 Aufgabe und Rolle des Ausschusses für Produktsicherheit (AfPS)
- 08 Grenzen der Normung: DIN 820-1 wurde aktualisiert

Themen

- 10 Drei Fragen an Benjamin Pfalz, Vorsitzender der KAN
- 11 7. EUROSHNET-Konferenz: Künstliche Intelligenz trifft Arbeitsschutz
- 13 Vibrationen an Pedelecs – ein steiniger Weg



© lnts - stock.adobe.com



© FELIX BURANDT - stock.adobe.com

15 Kurz notiert

KAN-Position zu Beleuchtung aktualisiert
Update zur Sicherheit von Therapieliegen
EU-Normungsverordnung wird angepasst
Publikationen
Internet

40 Termine

Immer auf dem neuesten Stand:



[www_kan_de](https://www.kan.de)



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



[KAN_Arbeitsschutz_Normung](#)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



Benjamin Pfalz

Vorsitzender der KAN
IG Metall

Kohärenz und Rechtssicherheit in unsicheren Zeiten

Vor dem Hintergrund anhaltender Lieferengpässe, hoher Inflation und noch höheren Energiekosten fällt es schwer, den Detailfragen von Arbeitsschutz und Normung mit den nötigen Ressourcen nachzugehen, für Kohärenz einzutreten, für Rechtssicherheit und demokratische Prinzipien. Dabei ist dies nötiger denn je!

Rasante technologische Entwicklungen und globale Krisen, wie wir sie in Fragen des Klimas, des Handels und in kriegerischen Auseinandersetzungen erleben, führen zu einem immer ausdifferenzierteren Bedarf an Regeln und Normen. Im Krisenmodus jedoch droht sich der Fokus zu verschieben und manches für den Arbeitsschutz der Beschäftigten sicher Gegläubte in Frage gestellt zu werden.

Dem gegenüber wird am Beispiel des Ausschusses für Produktsicherheit (AfPS) ersichtlich, wie Kohärenz und Rechtssicherheit, hier im Geltungsbereich des Produktsicherheitsgesetzes, hergestellt werden soll. Die Ermittlung von nichtharmonisierten Normen, die dann die Vermutungswirkung entfalten, gehört zu den wichtigen Aufgaben.

Auch und gerade europäische Gesetzgebung bedarf der Anpassung und Verbesserung. Das kontrovers diskutierte Instrument der delegierten Rechtsakte kann dabei helfen. Die KAN setzt sich mit ihren Kreisen dafür ein, dass die Anwendung im jeweiligen Geltungsbereich sachdienlich ausfällt.

Bei allen Anstrengungen braucht es Diskussionsräume, die uns dabei helfen, einander Orientierung zu geben. Anlässe wie kürzlich durch die EUROSHNET-Konferenz unter Mitwirkung der KAN geschaffen, helfen allen Beteiligten, den Herausforderungen in unsicheren Zeiten gerecht zu werden. «

Delegierte Rechtsakte als Instrument europäischer Gesetzgebung

Um europäische Gesetzgebungsakte an wissenschaftliche und technische Fortschritte anzupassen, gibt es das Instrument des delegierten Rechtsakts. Was verbirgt sich dahinter und welchen Einfluss könnte es auf die Normung haben?

Das Recht der Europäischen Union (EU) lässt sich in das Primär- und Sekundärrecht unterteilen. Das Primärrecht umfasst die Verträge der EU, die Charta der Grundrechte sowie die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Europäischen Gerichtshofs. Das Sekundärrecht umfasst alle vom Europäischen Parlament und Rat angenommene Rechtsakte, mittels denen die EU ihre Befugnisse ausübt. Darüber hinaus definiert der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) eine Hierarchie innerhalb des Sekundärrechts: Gesetzgebungsakte, delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte.

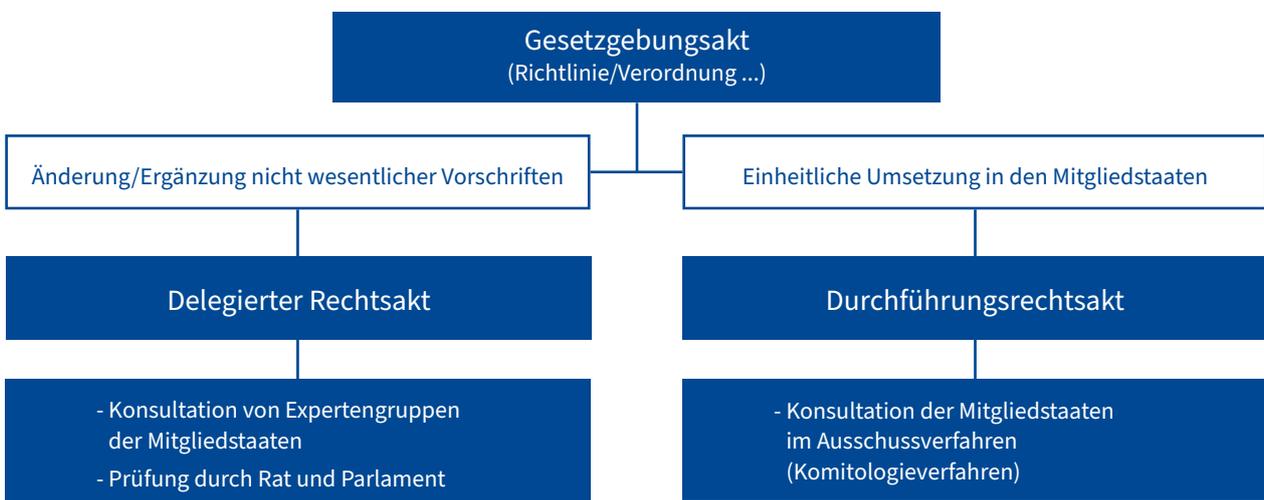
Gesetzgebungsakte sind Rechtsakte, die im ordentlichen oder besonderen Gesetzgebungsverfahren angenommen werden (Art. 289 AEUV). Dazu zählen etwa Richtlinien und Verordnungen. Um diese nach der Verabschiedung weiter konkretisieren zu können, wurden mit dem Vertrag von Lissabon 2009 delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte eingeführt.

Delegierte Rechtsakte werden von der Europäischen Kommission erlassen und haben keinen Gesetzescharakter. Sie dienen der Änderung oder Ergänzung nicht wesentlicher Vorschriften. Genutzt werden sie üblicherweise, um die Gesetzgebung an technische und wissenschaftliche Fortschritte anzupassen. Festgelegt ist dieses Instrument in Art. 290 AEUV. In Gesetzgebungsakten kann der Kommission die dafür erforderliche Befugnis übertragen werden, wobei das Europäische Parlament und der Rat die Befugnisübertragung widerrufen können. Weiterhin gelten folgende Bedingungen:

- Im Gesetzgebungsakt müssen die Ziele, der Inhalt, der Geltungsbereich sowie die Dauer (meist 5 Jahre) der Befugnisübertragung festgelegt sein.
- Delegierte Rechtsakte dürfen die wesentlichen Vorschriften des Basisrechtsaktes nicht ändern. Eine Befugnisübertragung hierfür ist ausgeschlossen.
- Delegierte Rechtsakte dürfen nur allgemeine Gültigkeit haben, d.h. sie dürfen nicht auf Einzelsituationen eingehen.

Bevor die Kommission delegierte Rechtsakte erlässt, werden Expertengruppen konsultiert, in denen alle Mitgliedstaaten vertreten sind. Nachdem die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlassen hat, haben das Parlament und der Rat zwei Monate Zeit, um den delegierten Rechtsakt zu überprüfen. Nur wenn keine Einwände erhoben werden, kann der delegierte Rechtsakt in Kraft treten.

Im Gegensatz dazu dienen **Durchführungsrechtsakte** gemäß Art. 291 AEUV dazu, einheitliche Regelungen für die Umsetzung von Gesetzgebungsakten festzulegen.



Grundsätzlich sind für diese Umsetzung die Mitgliedstaaten zuständig. In Bereichen, in denen einheitliche Bedingungen für die Durchführung verbindlicher Gesetzgebungsakte erforderlich sind (z. B. Binnenmarkt, Gesundheit), wird der Kommission – oder in begründeten Sonderfällen dem Rat – das Recht übertragen, Durchführungsrechtsakte zu erlassen, die die Umsetzung harmonisieren. Bei deren Erstellung wird eine Sachverständigengruppe konsultiert, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt (Komitologieverfahren).

Beispiele aus der Praxis

Ein Blick in das seit Dezember 2017 existierende interinstitutionelle Register der delegierten Rechtsakte¹ zeigt, dass deren Nutzung längst keine Ausnahme mehr ist. Im Rahmen der Medizinprodukteverordnung² ist das Instrument erstmals deutlich in Erscheinung getreten. Um den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Anwendenden sowie andere Aspekte der öffentlichen Gesundheit zu gewährleisten, ist die Kommission beispielsweise befugt, per delegiertem Rechtsakt Änderungen im Anhang IV der Verordnung vorzunehmen, also die Mindestangaben für die EU-Konformitätserklärung zu ändern.

Das Beispiel der Verordnung über persönliche Schutzausrüstung (PSA)³ zeigt, dass delegierte Rechtsakte es ermöglichen, schneller und flexibler auf Neuerungen zu reagieren, da für Änderungen nicht wesentlicher Aspekte kein langwieriger Gesetzgebungsprozess von Nöten ist. In der PSA-Verordnung können mittels delegierter Rechtsakte die im Anhang I festgelegten Kategorien der Gefährdungen, vor denen PSA die Nutzer schützen sollen, geändert und Gefährdungen neu eingestuft werden. Zuvor hätte dafür die PSA-Richtlinie mittels eines Gesetzgebungsverfahrens geändert werden müssen. Dies führte dazu, dass Anhang I über 20 Jahre nicht aktualisiert wurde.

Auch bei dem Verordnungsvorschlag zur Neufassung der Maschinenrichtlinie⁴ vereinfachen die vorgesehenen delegierten Rechtsakte eine Konkretisierung. Hier soll das Instrument für die Anpassung der in Anhang I enthaltenen Liste von Hochrisiko-Maschinenprodukten sowie der in Anhang II festgelegten Liste der Sicherheitskomponenten eingesetzt werden.

Deutlich umfassender sollen delegierte Rechtsakte in der aktuell diskutierten Neufassung der Bauprodukteverordnung⁵ eingesetzt werden, unter anderem im Bereich der Produktsicherheit. Die Kommission erhält nach Art. 4 Abs. 3 des Verordnungsvorschlags die Befugnis, delegierte Rechtsakte mit wesentlichen Merkmalen und Bewertungsmethoden für bestimmte Produktfamilien und -kategorien zu erlassen. Sie kann somit die Verordnung untergesetzlich mit technischen Anforderungen unterfüttern. Das ist aus Sicht der Kommission nötig, wenn es bei der Erarbeitung von harmonisierten Normen zu Verzögerungen oder Mängeln kommt, oder wenn gar keine Normen vorliegen. Für den Arbeitsschutz ist dies problematisch, da die Produktsicherheitsanforderungen damit erst über einen zusätzlichen Schritt in Normen konkretisiert werden. Sollte die Kommission keine delegierten Rechtsakte zur Produktsicherheit erlassen, laufen die entsprechenden Anforderungen der Verordnung ins Leere.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die Kommission ihre eingeräumten Befugnisse zum Erlass delegierter Rechtsakte tatsächlich nutzen wird. Zweifels- ohne sollte die Normungswelt auf dieses Instrument ein Auge haben, insbesondere wenn es darum geht, mittels delegierter Rechtsakte technische Aspekte festzulegen. Gleichzeitig bietet dieses Instrument jedoch die Chance, schneller und flexibler Änderungen vorzunehmen und dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen.

*Freeric Meier
meier@kan.de
Katharina Schulte
schulte@kan.de*

¹ <https://webgate.ec.europa.eu/regdel/#/delegatedActs?lang=en>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32017R0745>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32016R0425>

⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:52021PC0202>

⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52022PC0144>

Aufgabe und Rolle des Ausschusses für Produktsicherheit (AfPS)

Der Ausschuss für Produktsicherheit (AfPS) ist ein beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beheimateter Ausschuss, der sich auf § 27 Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) stützt¹. Er ermittelt z. B. im nicht harmonisierten Bereich Normen und legt Rahmenbedingungen für die Vergabe des GS-Zeichens fest.

Der AfPS berät in erster Linie die Bundesregierung in Fragen der Produktsicherheit. Die Geschäfte des AfPS werden dabei nicht direkt durch das BMAS geführt, sondern sind auf die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) übertragen worden.

Um seine Aufgaben angemessen erfüllen zu können, setzt sich der AfPS aus sachverständigen Personen der Marktüberwachungsbehörden, der Konformitätsbewertungsstellen, der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, des Deutschen Instituts für Normung e.V., der Kommission Arbeitsschutz und Normung, der Arbeitgebervereinigungen, der Gewerkschaften und der beteiligten Verbände, insbesondere der Hersteller, Händler und Verbraucher, zusammen. Dabei soll die Zahl der Mitglieder – die diese Mitgliedschaft ehrenamtlich wahrnehmen – 21 nicht überschreiten. Auch die Bundesministerien sowie die für Sicherheit, Gesundheit und Umwelt zuständigen obersten Landesbehörden und Bundesoberbehörden haben das Recht, in den Sitzungen des AfPS vertreten zu sein und gehört zu werden.

Ermittlung von Normen und Spezifikationen

Zu den Aufgaben des AfPS gehört es, Normen und andere technische Spezifikationen im nichtharmonisierten Bereich zu ermitteln. Dazu erhält der AfPS regelmäßig vom Deutschen Institut für Normung (DIN) eine Liste mit neuen und überarbeiteten Normen, die dann den AfPS-Mitgliedern vorgelegt wird. In einer Sitzung beraten diese über die einzelnen Normen und beschließen, ob diese als ermittelt gelten oder zurückgestellt werden, etwa um noch offene Punkte zu klären. Die ermittelten Normen entfalten die Vermutungswirkung in Bezug auf das deutsche Produktsicherheitsgesetz.

Weiterhin ermittelt der Ausschuss Spezifikationen, die bei der Prüfung des Baumusters für die GS-Zeichen-Zuerkennung angewendet werden müssen. Auch spricht er Empfehlungen hinsichtlich der Eignung eines Produkts für die Zuerkennung des GS-Zeichens aus, da nicht alle Produkte für GS-Zeichen-fähig gehalten werden (z. B. Waffen).



Kriterien für die Ermittlung von Normen und Spezifikationen

Die von der Norm bzw. Spezifikation betroffenen Produkte müssen in den Anwendungsbereich des ProdSG fallen und es muss sich um eine Produktnorm handeln, die die Anforderungen des ProdSG konkretisiert. Dabei darf es sich um keine reine Mess- oder Prüfnorm sowie um keine generische Sicherheitsnorm handeln.

Die Anwendung von Mess- und Prüfnormen kann lediglich dann die Vermutungswirkung auslösen, wenn diese Normen in einer Produktnorm in Bezug genommen werden und die Anwendung dieser Produktnorm bereits die Vermutungswirkung auslöst. Generische Sicherheitsnormen sind in der Regel bzgl. der produktbezogenen sicherheitstechnischen Festlegungen nicht hinreichend konkret um eine Vermutungswirkung im Sinne des § 5 Abs. 2 ProdSG zu begründen.

Bei der Normermittlung ist jeweils anzugeben, ob während der Normerarbeitung ein öffentliches Einspruchsverfahren durchgeführt und das Dokument dabei dann im Konsens angenommen wurde.

Wird bei einer bereits ermittelten Norm eine Nichtabdeckung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen nach § 3 Abs. 2 ProdSG festgestellt, haben die Marktüberwachungsbehörden und die AfPS-Mitglieder die Möglichkeit, einen formellen Einwand einzulegen. Dieser Einwand wird dann den AfPS-internen Kreisen zur Prüfung vorgelegt. Wird zu dem Einwand keine Einigung innerhalb des AfPS erzielt, wird eine Projektgruppe eingerichtet, die den formellen Einwand eingehend berät und deren Ergebnis dann im AfPS abschließend beraten wird.

Veröffentlichung von Normenverzeichnissen

Die vom AfPS ermittelten Normen und Spezifikationen veröffentlicht die BAuA in einem Verzeichnis². Dieses Verzeichnis besteht aus den Teilen 2-1 (nationale Normen) und 2-2 (nationale technische Spezifikationen).

Im Verzeichnis Teil 2-1 Nationale Normen können ausschließlich voll konsensbasierte Normen gelistet werden, die Teil des deutschen Normenwerks sind, z. B. DIN, DIN EN, DIN EN ISO, DIN IEC. Die Normen lösen nach der Listung die Vermutungswirkung aus.

Zu den in dem Verzeichnis Teil 2-2 veröffentlichten Dokumenten gehören DIN-Spezifikationen sowie technische Spezifikationen anderer Regelsetzer. Bei der Ermittlung dieser Spezifikationen erwartet der AfPS Informationen über ein erfolgreich verlaufenes öffentliches Einspruchsverfahren.

Auch die in diesem Verzeichnis aufgeführten Dokumente lösen nach der Listung die Vermutungswirkung aus und werden auf der BAuA-Webpräsenz veröffentlicht. Bisher hat der AfPS neun technische Spezifikationen zu Themen wie Laser als Verbraucherprodukte, Adapter, Büromöbel und Transportsysteme von Betonfertigteilen ermittelt.

Das GS-Zeichen

Darüber hinaus erarbeitet der AfPS Spezifikationen, die bei der Prüfung des Baumusters für die Zuerkennung des GS-Zeichens angewendet werden müssen. Bislang wurden folgende Spezifikationen veröffentlicht:

- GS-Spezifikation PAK (Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe)
- GS-Spezifikation Baumusterprüfungen
- GS-Spezifikation Schulranzen
- GS-Spezifikation Haartrockner

Diese technischen Spezifikationen werden kontinuierlich an den technischen Fortschritt angepasst.

Die vom AfPS erarbeitete GS-Spezifikation für Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) stellt die Anforderungen für die Prüfung des Baumusters auf PAK im Rahmen der GS-Zeichen-Zuerkennung auf. Weiterhin beschreibt sie das Verfahren der Prüfung durch die GS-Stelle und die Inhalte der Gefährdungsbeurteilung, der Kategorisierung, der Prüfung und der Bewertung sowie der einzuhaltenden PAK-Höchstgehalte für Materialien von relevanten Kontakt-/Griff- und Betätigungsflächen.

Da weltweit bislang nur wenige bis gar keine Anforderungen zur Verwendung von PAK existieren, wurde diese Spezifikation in die englische Sprache übersetzt und wird nun auch international verwendet.

*Andreas Dlugi
Geschäftsführer des AfPS
dlugi.andreas@baua.bund.de*

¹ www.gesetze-im-internet.de/prodsg_2021

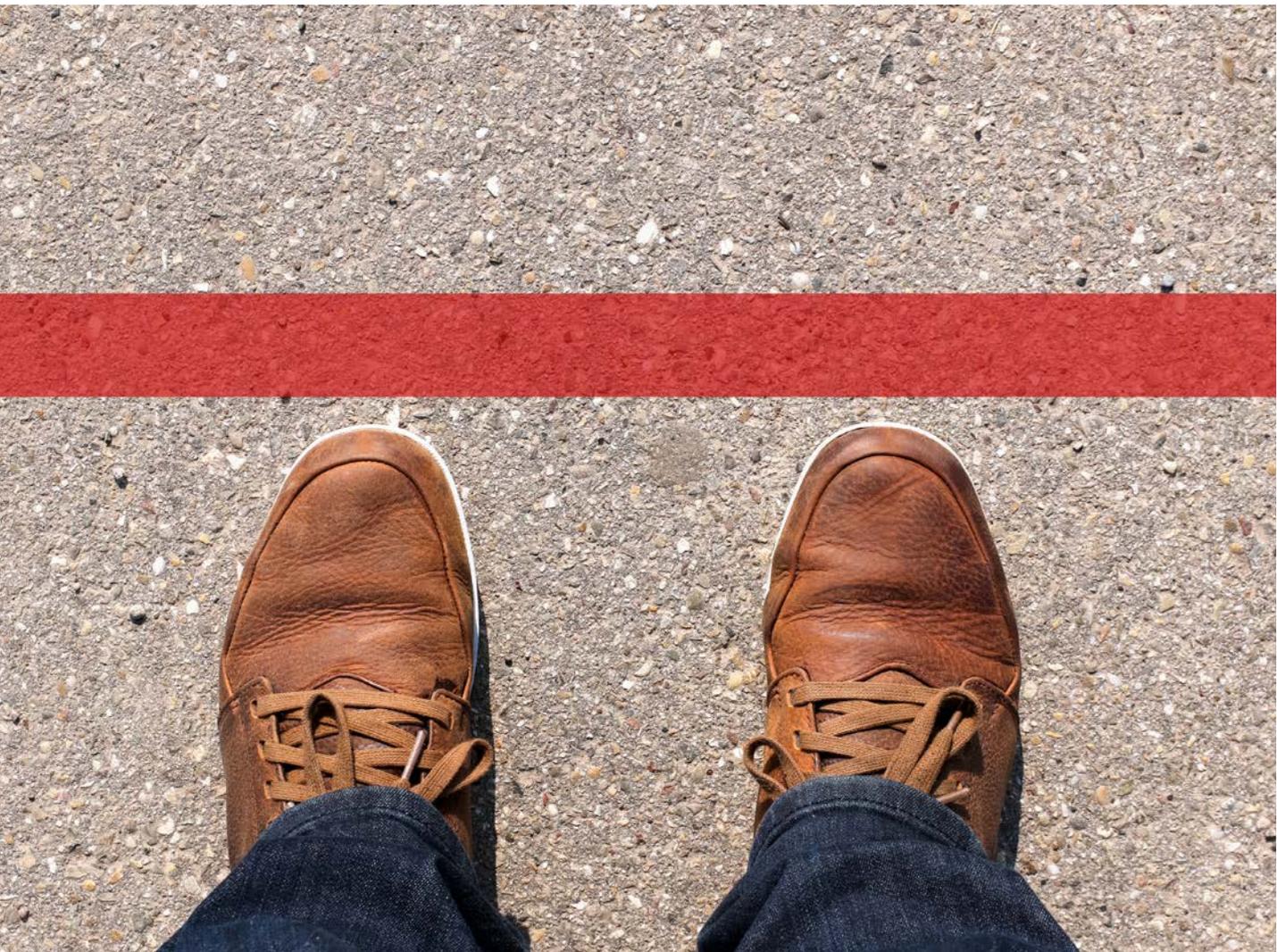
² www.baua.de/DE/Aufgaben/Gesetzliche-und-hoheitliche-Aufgaben/Produktsicherheitsgesetz/Normenverzeichnisse.html

Grenzen der Normung: DIN 820-1 wurde aktualisiert

Die Normenreihe DIN 820 „Normungsarbeit“ legt alle wesentlichen Spielregeln der Normungsarbeit in Deutschland fest. Nach der jüngsten Überarbeitung enthält Teil 1 nun auch explizite Vorgaben, welche Inhalte und Aspekte nicht genormt werden sollen.

Bei der Normenreihe DIN 820 handelt es sich um Normen für die Normung. Sie ist daher für die Normung insgesamt von großer Bedeutung. So sind dort in verschiedenen Dokumenten unter anderem die Gestaltung von Normen, Begriffe und der Geschäftsgang der Normerarbeitung geregelt. Der zuständige Normenausschuss für die Erarbeitung der Normungsregeln ist der NAGLN Grundlagen der Normungsarbeit.

Insbesondere die DIN 820-1 „Normungsarbeit – Teil 1: Grundsätze“ bestimmt die Arbeit von deutschen Normungsgremien wie wohl keine andere Norm. Sie wurde von 2020 bis 2022 turnusgemäß überarbeitet und ist im November 2022 neu veröffentlicht worden. In der Norm werden beispielsweise die Organisation der Normungsarbeit mit den beteiligten Organisationen und der Aufbau von DIN-Normenausschüssen mit den verschiedenen Arbeitsausschüssen und deren Zuständigkeiten erklärt. So gibt es auch Vorgaben für die Zusammensetzung der Gremien und für die Autorisierung zur Mitarbeit entsandter Experten. Ferner ist festgelegt, wie sich das deutsche Normenwerk in seiner Gesamtheit zusammensetzt, nämlich aus national von DIN erarbeiteten Normen und von DIN übernommenen Normen europäischer und internationaler Normungsorganisationen.



Was soll genormt werden und was nicht

In Abschnitt 7 der DIN 820-1 wird beschrieben, wie Normen erarbeitet werden. Ausgehend von einer tiefgehenden Diskussion über die Wirkungen und Konsequenzen, auch die zivil- und strafrechtliche Bedeutung von Normen, wurde entschieden, dass das Kapitel 7 einer Umgestaltung bedarf. Besonders der Abschnitt 7.2, welcher die Grenzen der Normung beschreibt, ist völlig neu. Diese Entwicklung begrüßt die KAN ausdrücklich, da nun festgehalten ist, welche Inhalte und Aspekte sich für die Normung eignen und welche ausgenommen werden sollten. Die KAN-Geschäftsstelle hat sich im Hinblick auf die Arbeitsschutzrelevanz umfangreich an der Überarbeitung beteiligt und inhaltliche Vorschläge im Normungsgremium eingereicht.

Das Resultat ist eine deutliche Umstrukturierung des Kapitels 7, bei dem die Grenzen der Normung als zweiter Abschnitt direkt am Anfang des Kapitels stehen. Es werden nun drei explizite Bereiche genannt, in denen keine Normung stattfinden soll:

- Gesetzgebung und politische Entscheidungen relevanter Institutionen, sei es auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene. Gesetze und Verordnungen, aber auch das Regelwerk von gesetzlich eingerichteten Kammern und Organen der Selbstverwaltung, haben immer Vorrang vor Normen.
- Inhalte, die in Deutschland zum Gestaltungsbereich der Sozialpartner gehören. Das Grundrecht der Tarifautonomie aus Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz sichert den Sozialpartnern eine herausgehobene Regelungskompetenz zu, damit sie bestimmte arbeits- und sozialpolitische Aufgaben autonom wahrnehmen können.
- Normen dürfen keine ethischen Werte festlegen, sondern nur wie diese – z. B. bei künstlicher Intelligenz – technisch umgesetzt werden. Religiöse und weltanschauliche Werte dürfen in Normen gar nicht behandelt werden.

Normen oder Normungsvorhaben mit solchen Inhalten sollen weder initiiert noch entsprechende Vorgänge auf internationaler Ebene unterstützt werden. Auch bei der Erarbeitung von Normen, deren Anwendungsbereich nicht explizit solche Inhalte einschließt, muss ein Konflikt mit den genannten Bereichen ausgeschlossen werden.

Die Neufassung der DIN 820-1 läutet zumindest für die deutsche Normung ein neues Kapitel ein, da sich die Normung nun erstmals eigene Grenzen setzt, innerhalb derer sie sich zukünftig bewegen darf. Da der überwiegende Teil der Normungsarbeit aber nicht mehr auf nationaler, sondern auf europäischer und internationaler Ebene stattfindet, wäre es wünschenswert, wenn diese Prinzipien auch dort festgeschrieben würden.

Freeric Meier
meier@kan.de

3 Fragen an... Benjamin Pfalz, Vorsitzender der KAN

Benjamin Pfalz ist Gewerkschaftssekretär im Ressort Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall und seit Mai 2022 Vorsitzender der KAN.



Herr Pfalz, auf welchem Weg sehen Sie die KAN heute, und wo möchten Sie hin?

Die KAN hat sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Mit den im Vorstand vereinbarten Entwicklungszielen hat sie sich einen klaren Rahmen dazu gegeben. Einiges ist erreicht, wenn ich beispielsweise an das Ziel denke, das Engagement auf europäischer Ebene zu stärken. Die Eröffnung des Büros in Brüssel war ein Meilenstein!

Gleichzeitig gilt es, auf dieser Grundlage jetzt die europäische Arbeit auch konzeptionell und strategisch auszubauen. Das wird nicht einfach, aber ich bin zuversichtlich, dass wir mit allen interessierten Kreisen in der KAN einen guten Weg finden.

Die KAN hat in den letzten Jahren wiederholt gezeigt, dass sie gut auf veränderte Rahmenbedingungen eingehen kann. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit sogenannten schnell erarbeiteten Normungsdokumenten,

wie wir sie in Formaten wie DIN SPEC oder VDE SPEC kennengelernt haben. Es ist über die KAN gelungen, gemeinsam mit DIN ein Verfahren zu etablieren, das es erlaubt, auch bei diesen Formaten Einfluss geltend zu machen, um die Arbeitsschutzinteressen zu wahren.

Bei welchen Themen ist es aus Ihrer Sicht besonders wichtig, am Ball zu bleiben?

Die Europäisierung und Internationalisierung des Normungsgeschehens wird uns vor enorme Herausforderungen stellen. Denken Sie nur an die drei aktuell anhängigen EU-Verordnungen mit hoher Relevanz für den Arbeitsschutz: Künstliche Intelligenz, Maschinen und Bauprodukte, alles untersetzt durch Normen mit Schnittmengen zum Arbeitsschutz.

Der durch die Digitalisierung getriebene technologische Wandel, aber auch Rahmenbedingungen wie der fortschreitende Klimawandel und der europäische Green Deal, werden viele Themen mit sich bringen, die die KAN beschäftigen werden. Im Geschehen rund um die EU-Verordnungen findet das bereits seinen Ausdruck. Aktuell nehmen wir beispielweise die Normung zu hochautomatisierten, fahrerlosen mobilen Maschinen unter die Lupe. Da würden sich schnell weitere Beispiele finden. Gleichzeitig bleiben für uns auch klassische Themen der Produktsicherheit relevant, etwa wenn wir über die Beschaffungsanforderungen von Leitern diskutieren. Aus Arbeitsschutzsicht müssen wir bei all diesen Themen am Ball bleiben.

Ich denke, da liegt die Herausforderung auch darin, die KAN bei der Bandbreite der Themen weiter auf gutem Kurs zu halten. Wir müssen die laufenden Normungsvorhaben kritisch begleiten und darauf achten, dass die verbindlichen Regelungen von Staat und gesetzlicher Unfallversicherung, die die Sicherheit und Gesundheit von Beschäftigten bei der

Arbeit gewährleisten, eben nicht von Normung unterhöhlt werden.

Das europäische Parkett wird also immer wichtiger. Was kann der Arbeitsschutz unternehmen, um hier noch schlagkräftiger zu werden?

Die KAN sollte auch weiterhin dazulernen, um systematisch und an entscheidenden Stellen Einfluss zu nehmen. Ich denke z. B. an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen in Brüssel, die sogenannten *political advisors*, die oft händierend externe und vertrauenswürdige Expertise suchen. Wenn wir mit dem Wissen der KAN diese Personen, die die Tischvorlagen schreiben und in den Fraktionen abstimmen, erreichen, haben wir unsere Arbeitsschutzinteressen bereits an wichtiger Stelle platziert. Das kann nur über eine systematische Pflege der Kontakte in alle Fraktionen gelingen. Gleichzeitig ist das aus unserer gewerkschaftlichen Erfahrung heraus oft effektiver als einzelne Parlamentsabgeordnete zu bearbeiten.

Ein Austausch der an der KAN beteiligten Kreise zu den Möglichkeiten der europäischen Einflussnahme, bis hin zur konkreten Zusammenarbeit mit den europäischen Verbänden der Sozialpartner – zumindest wo sich Interessenlagen decken – das sind die Pfade, die aus meiner Sicht vielversprechend sind.

Ich möchte klar dafür werben, gemeinsam den Mut aufzubringen, im Spagat aus Altbewährtem und neu zu Erringendem ins Feld zu ziehen. Auf dem festen Boden unserer Grundsätze und im Konsens der Kreise ist die KAN eine wirksame Plattform für den Arbeitsschutz!

Künstliche Intelligenz trifft Arbeitsschutz

Rund 130 Fachleute aus Arbeitsschutz, Forschung, Normung und Regelsetzung kamen am 20. Oktober zur 7. EUROSHNET-Konferenz in Paris zusammen, um über die Herausforderungen von Künstlicher Intelligenz für den Arbeitsschutz zu diskutieren.

Künstliche Intelligenz kommt heute bereits in zahlreichen Bereichen zum Einsatz. Dazu zählen Transport und Logistik, der Industriesektor, die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen, das Personalwesen und Versicherungen. Was jedoch bisher fehlt, ist eine eindeutige Definition von Künstlicher Intelligenz. Raja Chatila, emeritierter Professor am Institut für intelligente Systeme und Robotik an der Pariser Universität Sorbonne, machte deutlich, dass es eine Definition braucht, die breit genug ist, um alle heutigen und künftigen KI-Systeme abzudecken. Gleichzeitig sollte sie so eng gefasst sein, dass daraus konkrete Anforderungen an die Systeme formuliert werden können. KI-Anwendungen haben gemeinsam, dass sie große Datenmengen verarbeiten und anhand statistischer Modelle daraus logische Schlüsse ziehen. KI erkenne dabei aber weder die Qualität noch den Kontext der Daten und sei oft eine „Black Box“, deren Entscheidungsprozesse für Menschen nicht nachvollziehbar sind.

Was zeichnet gute KI aus?

Damit Künstliche Intelligenz von Menschen akzeptiert wird und verantwortungsvoll eingesetzt werden kann, muss sie vertrauenswürdig sein. Eine hochrangige Expertengruppe der EU-Kommission zum Thema KI hat Kriterien erarbeitet, die den Begriff der Vertrauenswürdigkeit konkretisieren und die erfüllt sein müssen. Dazu gehört unter anderem, dass der Mensch die Kontrolle behalten muss, die Systeme transparent, technisch robust und sicher sind, den Datenschutz gewährleisten, Diskriminierung und systematische Fehler ausschließen und dass die rechtliche Verantwortlichkeit geklärt ist. Raja Chatila wies zudem darauf hin, dass man die KI nicht isoliert betrachten kann, sondern sie immer im Anwendungskontext sehen muss, also im Zusammenhang mit dem System, in dem sie eingesetzt wird.

Anhand eindrücklicher Beispiele zeigte André Steimers, Professor an der Hochschule Koblenz, wie schnell es passieren kann, dass KI falsche Schlüsse zieht. Dies kann an veralteten oder nicht repräsentativen Daten liegen. Teilweise ist der Grund für diese Fehler für Menschen aber auch gar nicht oder nur sehr schwer nachzuvollziehen. Man müsse sich daher fragen, wie verlässlich ein System ist und welchen Automatisierungsgrad man vor allem in sicherheitskritischen Bereichen bereit ist, zuzulassen.



Konferenzfotos und PDF-Dateien aller **Vorträge** sind auf www.euroshnet.eu/conference-2022 abrufbar.

Sebastian Hallensleben, Vorsitzender des CEN/CENELEC-Gemeinschaftsausschusses für Künstliche Intelligenz, machte deutlich, welchen wichtigen Beitrag die Normung für die Vertrauenswürdigkeit von KI leisten kann. Nötig sei ein Lösungsansatz, der sowohl für die Industrie als auch für Regulator und Verbraucher praktikabel ist und der verschiedene Aspekte nachvollziehbar macht. Denkbar sei etwa ein standardisiertes Label, wie man es von Elektrogeräten für die Energieeffizienz kennt. Aus dem Label wäre auf einen Blick ersichtlich, welchen Grad an Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Datenschutz, Fairness und Verlässlichkeit ein KI-Produkt bietet.

Regulatorischer Rahmen erforderlich

Für den sicheren Einsatz von KI ist es unerlässlich, dass die europäische Gesetzgebung mit den technischen Entwicklungen Schritt hält. Victoria Piedrafita, die bei der Generaldirektion GROW der Europäischen Kommission mit der geplanten Maschinenverordnung befasst ist, erläuterte, wie Künstliche Intelligenz darin berücksichtigt wird und wie sie mit der KI-Verordnung ineinandergreift. So sollen sämtliche KI-Anwendungen, die sicherheitsrelevante Funktionen betreffen, in die höchste Risikokategorie fallen, für die eine Zertifizierung durch eine notifizierte Stelle zwingend vorgeschrieben ist. Auch Gefährdungen, die erst nach dem Inverkehrbringen entstehen, weil sich Maschinen selbst weiterentwickeln, müssen mit berücksichtigt werden. Andernfalls dürfen die Maschinen nicht in Verkehr gebracht werden, da Sicherheit oberste Priorität habe.

Unklar ist derzeit noch, inwieweit die geplante KI-Verordnung auf Einsatzbereiche anwendbar ist, die den betrieblichen Arbeitsschutz oder Themen der Tarifautonomie betreffen. Antonio Aloisi von der IE University Law School in Madrid machte deutlich, dass bei vielen Führungsaufgaben inzwischen Algorithmen den Menschen ersetzen oder ihn zumindest unterstützen: Sie werten Lebensläufe aus, geben Arbeitsanweisungen, messen die Leistung der Beschäftigten und haben teils sogar Einfluss bei Entlassungen. Dies spiegelte sich jedoch bisher weder in der Gesetzgebung noch in Tarifverträgen oder Gefährdungsbeurteilungen ausreichend wider. Diese Regelungslücken müssten dringend geschlossen werden. In mehreren Beiträgen wurde zudem deutlich, wie wichtig es ist, dass die Daten für die jeweilige Fragestellung geeignet und ausgewogen sind. Andernfalls könne es passieren, dass bestimmte Personengruppen je nach Geschlecht, Alter oder Hautfarbe bei automatisierten Entscheidungen bevorzugt werden.

Wie streng muss die Gesetzgebung sein?

Isabelle Schömann (Europäischer Gewerkschaftsbund) mahnte in der abschließenden Podiumsdiskussion, dass man bei der Einführung von KI-Anwendungen nicht nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum verfahren dürfe. Die europäische Gesetzgebung lege ganz klar fest, dass unsichere Produkte nicht hinnehmbar sind. Jörg Firnkorn (DEKRA) plädierte für einen Mittelweg: Sowohl Über- als auch Unterregulierung gelte es zu vermeiden. Ein kalkuliertes Risiko eröffne auch die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen und die Technik zu verbessern. Franck Gambelli (französischer Arbeitgeberverband UIMM) zog eine Parallele zur zunehmenden Robotisierung vor 30 Jahren. Auch hier habe es anfangs große Bedenken gegeben, die sich nicht verwirklicht hätten. Wichtig sei aus seiner Sicht, dass die Normung konkrete Umsetzungshilfen bietet. Christoph Preuße (Berufsgenossenschaft Holz und Metall) wies darauf hin, dass auch die Aktivitäten anderer Länder für Europa eine Rolle spielen. So würden etwa China und die USA die Erarbeitung internationaler Normen anstreben, die auch Fragen der Arbeitsplatzgestaltung berühren. International tätige Unternehmen werden nicht bereit sein, zwischen verschiedenen Regionen zu unterscheiden und ihre Produkte entsprechend zu differenzieren.

Agieren statt reagieren

„Prävention bedeutet vorausschauendes Handeln. Als Arbeitsschützer können wir nicht einfach abwarten, was passiert und erst dann reagieren“, resümierte die EUROSHNET-Vorsitzende Pilar Cáceres Armendáriz vom spanischen Arbeitsschutzinstitut INSST in ihrem Schlusswort. Insofern leiste die Konferenz einen wichtigen Beitrag dazu, dass die verschiedenen interessierten Kreise miteinander ins Gespräch kommen, voneinander lernen und gemeinsam ausloten, wie Künstliche Intelligenz in Gesetzgebung und Arbeitsschutz bestmöglich berücksichtigt werden kann.

*Sonja Miesner
miesner@kan.de*

*Michael Robert
robert@kan.de*

Vibrationen an Pedelecs – ein steiniger Weg

Mit der Erarbeitung eines Vibrationsmessverfahrens für Pedelecs ist ein wichtiger Schritt getan. Insgesamt ist die Behandlung von Vibrationen in Normen jedoch noch lückenhaft.

Aus dem Straßenbild sind Pedelecs nicht mehr wegzudenken. Auch die berufliche Nutzung nimmt stetig zu, etwa bei Fahrradkurierdiensten, Polizei oder Post. Diese und andere Berufsgruppen verbringen mitunter viele Stunden am Tag auf dem Pedelec und nutzen dabei auch unbefestigte Wege und Straßen mit kaputtem Asphalt oder Kopfsteinpflaster. Dabei werden auf den Fahrer oder die Fahrerin Vibrationen übertragen, die gesundheitsgefährdend sein können.

Pedelecs fallen unter die europäische Maschinenrichtlinie. Nach dieser müssen Maschinen so konstruiert und gebaut sein, dass Risiken durch Vibrationen gemindert werden. Darüber hinaus müssen Hersteller Angaben über die von der Maschine auf den Nutzer übertragenen Vibrationen zur Verfügung stellen. Diese beiden Anforderungen müssten auch in den jeweiligen Produktnormen beschrieben werden, was bei Pedelecs bisher aber nicht der Fall war. Ein immer wiederkehrendes Argument gegen die Behandlung von Vibrationen in diesen Normen war, dass es kein normiertes Vibrationsmessverfahren für Fahrräder gab¹.

Die Grundlagennorm für Pedelecs ist die harmonisierte Norm EN 15194:2017 „Fahrräder – Elektromotorisch unterstützte Räder – EPAC“. Diese behandelt Pedelecs allgemein und kann somit von Normen zu spezielleren Pedelecs in Bezug genommen werden. So baut die EN 17404:2022 zu EPAC-Mountainbikes auf der Grundlagennorm auf. In dieser Norm wurde nach einer Stellungnahme der KAN die Vibrationen als potenzielle Gefährdung aufgenommen, jedoch nur bei intensiver professioneller Nutzung. Ansonsten wird zu Vibrationen auf die aktuellen Arbeiten an der Grundlagennorm verwiesen und ihre Behandlung aus dieser Norm ausgeschlossen. Auch in der nationalen Norm DIN 79010:2022 für ein- und mehrspurige Transport- und Lastenfahrräder wurde nach einer KAN-Stellungnahme auf die mögliche Gefährdung durch Vibrationen hingewiesen. Es wurden grobe Hinweise zur Bestimmung und Reduktion der auftretenden Vibrationen ergänzt sowie deren Angabe gefordert. Aktuell wird an einer europäischen Normenreihe zu Lastenrädern gearbeitet.





© Ints - stock.adobe.com

Übergeordnete Norm soll angepasst werden

2020 haben die Niederlande einen formellen Einwand zur EN 15194 bezüglich der Akkus eingereicht. Die KAN hat die darauffolgende Diskussion der Norm genutzt, um auch die Vibrationsproblematik zu thematisieren. Die beteiligten Kreise haben sich darauf geeinigt, dass ein Messverfahren erarbeitet wird und Vibrationen im Normtext behandelt werden sollen. Bis dahin sollte ein Warnhinweis zur EN 15194, der auch schon formuliert wurde, im EU-Amtsblatt die Vermutungswirkung für die Vibrationsanforderungen aufheben. Die Europäische Kommission hat ihn jedoch bis jetzt nicht veröffentlicht.

Änderungen reichen nicht aus

Das Vibrationsmessverfahren für Fahrräder wurde im deutschen Spiegelgremium erarbeitet und sollte über die Änderung A2 als informativer Anhang in die EN 15194 aufgenommen werden. Während der öffentlichen Umfrage Anfang 2022 hat die KAN zu dieser Änderung eine Stellungnahme eingereicht, da die Änderung weder Maßnahmen zur Reduktion von Vibrationen enthält noch die Angabe der Vibrationen gefordert und beschrieben wird. Zudem reicht ein informativer Anhang nicht aus. Dieser sollte normativ sein, damit Hersteller, die die Konformität ihrer Pedelecs mit dieser Norm erklären, das beschriebene Verfahren anwenden müssen, und so die ermittelten Vibrationen vergleichbar werden.

Die nationale und europäische Einspruchssitzung hat bereits stattgefunden. Die Veröffentlichung der Änderung steht noch aus. Nach aktuellem Stand sollen Vibrationen als mögliche Gefährdung aufgenommen werden, die übrigen Kommentare der KAN wurden jedoch nicht übernommen. Somit konkretisiert die EN 15194 auch nach der Änderung nicht die entsprechenden Anforderungen der Maschinenrichtlinie zu Vibrationen. Im Anhang ZA, der den Zusammenhang zwischen der jeweiligen europäischen Norm und der Maschinenrichtlinie darstellt, müsste dies entsprechend gekennzeichnet werden. Sollte dies nicht der Fall sein, ist der vorbereitete Warnhinweis immer noch aktuell und sollte schnellstmöglich veröffentlicht werden.

*Dr. Anna Dammann
dammann@kan.de*

¹ Siehe auch KANBrief 1/20, www.kan.de/publikationen/kanbrief/transport-und-verkehr/durchgeschuettelt-auf-dem-pedelec

EU-Normungsverordnung wird angepasst

Der Europäische Rat und das EU-Parlament haben sich auf Anpassungen der europäischen Normungsverordnung geeinigt. Die Normungsverordnung legt Vorschriften für die Erarbeitung harmonisierter Normen in der EU fest.

Die Anpassungen betreffen insbesondere die folgenden Punkte:

- An Entscheidungsprozessen zu europäischen Normen und Dokumenten der europäischen Normung sollen ausschließlich Vertreter der nationalen Normungsorganisationen beteiligt werden (nationales Delegationsprinzip durchgehend gewährleisten).
- Die wichtige Rolle der Interessenträger im Normungsprozess wird bekräftigt (möglichst alle interessierten Kreise beteiligen).
- Die Rolle von Drittländern im Entscheidungsprozess wird präzisiert.

Die erzielte vorläufige politische Einigung bedarf noch der Zustimmung des Rates und des EU-Parlaments. Auf Seiten des Rates muss sie zunächst von den Botschaftern der Mitgliedstaaten gebilligt werden, bevor die formellen Schritte des Annahmeverfahrens durchlaufen werden. Die Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Pressemitteilung des Europäischen Rats: <https://t1p.de/j1njh>

Update zur Sicherheit von Therapieliegen

An energetisch höhenverstellbaren Liegen kommt es immer wieder vor, dass Personen zwischen Konstruktionselementen der Liege eingeklemmt werden. Das Institut für Arbeitsschutz der DGUV (IFA) stellt im IFA-Report 4/2022 ein Verfahren vor, mit dem die Wirksamkeit einer Schutzmaßnahme für mögliche Unfallszenarien und Gefährdungssituationen bewertet werden kann. Eine detaillierte Vorgehensbeschreibung und eine Reihe von Beispielen erleichtern die Anwendung.

Weitere Informationen für Hersteller und Betreiber von Therapieliegen sind auf den Internetseiten der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) zusammengestellt. Dazu zählen Muster für eine Gefährdungsbeurteilung, eine Erklärung für neue Liegen und Nachrüstungen, mit denen Hersteller bestätigen, dass sie die Empfehlungen des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) einhalten, sowie eine FAQ-Liste. Betreiber, die bei der BGW versichert sind, können eine finanzielle Förderung für die Nachrüstung oder Neubeschaffung von Therapieliegen mit besonders guter Sicherheitstechnik erhalten.

IFA-Report: <https://publikationen.dguv.de>, Webcode 22285
BGW-Info: www.bgw-online.de/therapieliegen

KAN-Position zu Beleuchtung aktualisiert

Die KAN hat ihr Positionspapier „Berücksichtigung nichtvisueller Wirkungen künstlicher Beleuchtung in der Normung“ aktualisiert. Auslöser war die Überarbeitung der DIN SPEC 67600 (Fachbericht), die im August 2022 als Technische Spezifikation DIN/TS 67600 „Ergänzende Kriterien für die Lichtplanung und Lichtenanwendung im Hinblick auf nichtvisuelle Wirkungen von Licht“ neu veröffentlicht wurde. Das ursprüngliche Dokument enthielt detaillierte Planungsempfehlungen zu den nichtvisuellen Wirkungen von Licht, obwohl noch keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vorhanden sind. Außerdem betrafen sie den betrieblichen Arbeitsschutz.

Diese von der KAN kritisierten Anforderungen wurden nun in Ursache-Wirkungs-Beziehungen umformuliert. Das Dokument enthält keine Anforderungen mehr und kann daher aus Sicht des Arbeitsschutzes als Informationsquelle genutzt werden.

Aktualisierte Version der KAN-Position:
<https://t1p.de/KAN-Position-Beleuchtung-2022>

Publikationen

Künstliche Intelligenz in der unternehmerischen Praxis - Basics für den Start

Die Broschüre der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bietet einen Überblick über wichtige Aspekte, die Unternehmen bei der Einführung von KI berücksichtigen müssen. Mit welchem Ziel soll eine KI im Betrieb eingeführt werden? Wie rentabel ist der Einsatz einer KI für welche Prozesse? Sind genügend Daten mit ausreichender Qualität vorhanden, mit denen eine KI trainiert und eingeführt werden kann? Ferner informiert die Broschüre darüber, welche Aspekte bei der betrieblichen Mitbestimmung und beim Datenschutz beachtet werden müssen. Interviews geben Einblicke in den Einsatz von KI in der Praxis.

<https://t1p.de/BDA-KI>

Internet

EU-Rechtsbereiche kurz und verständlich erklärt

Die EU präsentiert auf ihrer Website für über 30 europäische Politikbereiche – von A wie „Audiovisueller Bereich und Medien“ bis Z wie „Zoll“ – Zusammenfassungen der wichtigsten EU-Rechtsakte, d.h. Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen. Die gut verständlichen Erklärungen in den 24 EU-Amtssprachen richten sich an die interessierte Öffentlichkeit und enthalten jeweils einen Link auf die vollständige, offizielle Fassung der Rechtsakte.

<https://eur-lex.europa.eu/browse/summaries.html>

Content



© Andrii Yalanskyi - stock.adobe.com

Lead topic

- 18 Use of delegated acts in European legislation
- 20 Task and role of the German Product Safety Commission
- 22 Limits of standardization: DIN 820-1 updated

Themes

- 23 Three questions for: Benjamin Pfalz, Chair of KAN
- 24 7th EUROSHNET Conference: Artificial intelligence meets occupational safety and health
- 26 Vibration on pedelecs: a rocky road



© Fabrice Dimier pour l'INRS



© lassedesigner - Fotolia.com

27 In brief

EU Standardisation Regulation is adapted
Update on the safety of treatment tables
KAN position paper on lighting updated
Publications
Internet

40 Events

Stay up to date:



[www_kan_de](https://www.kan.de)



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



[KAN_Arbeitsschutz_Normung](#)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



Benjamin Pfalz

Chairman of KAN

German Metalworkers' Trade Union
(IG Metall)

Coherence and legal certainty in uncertain times

Addressing the detailed issues of occupational safety and health and standardization requires resources and the advocacy of coherence, legal certainty and democratic principles. These requirements present a challenge in times of continuing supply bottlenecks, high inflation and ever-increasing energy costs. And yet: never before has the task been so important.

The dramatic pace of technological change, and global crises such as those we are experiencing in relation to the climate, trade and armed conflicts, are spawning an increasingly diverse need for rules and standards. In crisis mode, however, a risk exists of the focus shifting, and of things that were previously taken as a given for the occupational safety of workers now being questioned.

By contrast, the example of the German Product Safety Committee (AfPS) illustrates how coherence and legal certainty are to be established – in this case within the scope of the German Product Safety Act. Identifying non-harmonized standards which give rise to a presumption of conformity is among the committee's important tasks.

Adjustments and improvements are also needed in other areas, not least that of EU legislation. Delegated acts – a subject on which opinions diverge strongly – can be a useful instrument here. KAN and the stakeholders represented in it work to ensure that delegated acts are used appropriately within the applicable scope.

In all our efforts, fora for discussion are needed that are conducive to mutual guidance. Opportunities such as those recently created by the EUROSHNET conference with KAN's involvement assist all the parties concerned in meeting the challenges in uncertain times. «

Use of delegated acts in European legislation

The instrument of the delegated act is used to adapt European legislative acts to scientific and technical progress. What does this mean in practice, and what potential influence does it have on standardization?

European Union (EU) law can be divided into primary and secondary legislation. Primary legislation comprises the EU treaties, the Charter of Fundamental Rights and the general legal principles of the European Court of Justice. Secondary legislation includes all acts adopted by the European Parliament and the Council by means of which the EU exercises its powers. Beyond this, the Treaty on the Functioning of the EU (TFEU) defines a hierarchy within secondary legislation: legislative acts, delegated acts and implementing acts.

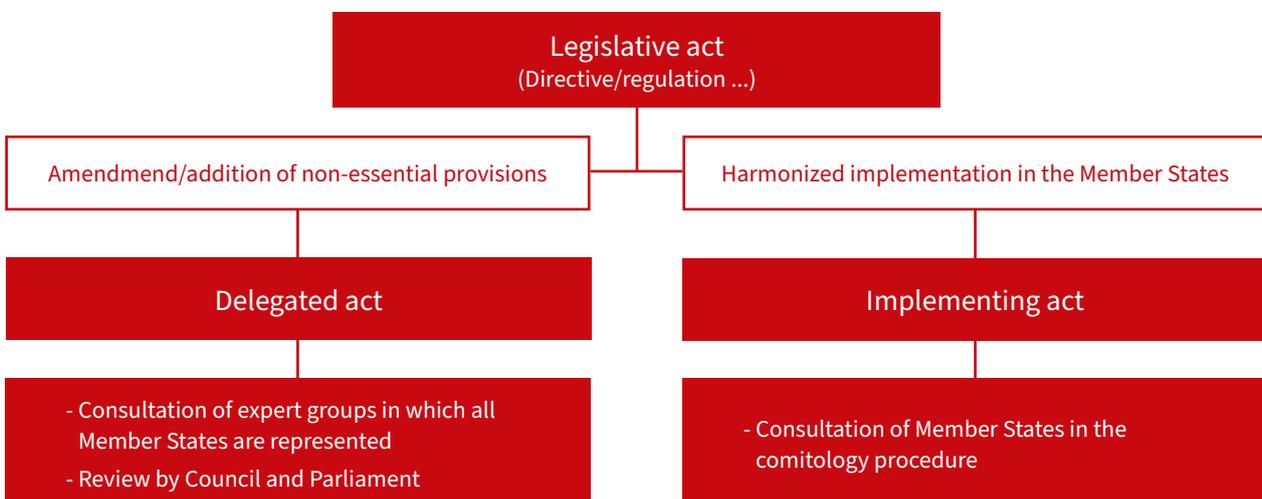
Legislative acts are acts adopted under the ordinary or special legislative procedure (Article 289 TFEU). Examples are directives and regulations. The 2009 Lisbon Treaty introduced delegated and implementing acts, which have the purpose of specifying legislative acts further after they have been adopted.

Delegated acts are passed by the European Commission and do not have the character of law. Their purpose is to amend or add non-essential provisions. They usually serve to adapt legislation to technical and scientific progress. This instrument is set out in Article 290 TFEU. Legislative acts may delegate the powers required for this purpose to the Commission; the European Parliament and the Council, however, have the power to revoke this delegation of powers. The following conditions also apply:

- The legislative act must specify the objectives, content, scope and duration (in most cases 5 years) of the delegation of powers.
- Delegated acts may not amend the essential elements of the basic act; delegation of powers for this purpose is explicitly excluded by 290 TFEU.
- Delegated acts must be generic in their application, i.e. they must not address specific situations.

Before the Commission passes a delegated act, groups of experts are consulted in which all Member States are represented. Once the Commission has passed the delegated act, the Parliament and the Council have two months in which to review it. Only if no objections are raised can the delegated act enter into force.

By contrast, **implementing acts** under Article 291 TFEU serve to establish harmonized rules for the implementation of legislative acts. The Member States are responsible for this implementation. In areas where harmonized conditions are required for the implementation of binding legislative acts (such as health, the Single Market), the right to pass implementing acts is conferred upon the Commis-



sion, or – in reasoned special cases – upon the Council. During drafting of implementing acts, a group of experts comprising representatives of the Member States is consulted (a procedure termed “comitology”).

Real-case examples

A glance at the inter-institutional register of delegated acts¹ introduced in December 2017 shows that their use has long ceased to be an exception. The instrument first emerged within the framework of the Medical Devices Regulation². For example, in order to assure the protection of users’ safety and health and other aspects of public health, the Commission is empowered to use a delegated act to make amendments to Annex IV of the Regulation, i.e. to amend the minimum information required for the EU declaration of conformity.

The example of the Regulation on personal protective equipment (PPE Regulation)³ shows that delegated acts permit a swifter and more flexible response to innovations, as they enable amendments to be made to non-essential aspects without the need for a lengthy legislative process. In the PPE Regulation, delegated acts may be used to amend the categories of hazards specified in Annex I against which PPE is intended to protect users, and to reclassify hazards. Prior to this, it would have been necessary to amend the PPE Directive by a legislative procedure. This resulted in Annex I not being updated for over 20 years.

In the case of the proposal for a regulation to recast the Machinery Directive⁴, the envisaged delegated acts also simplify support of the Directive. In this case, the instrument has the purpose of adapting the list of high-risk machinery products set out in Annex I and the list of safety components set out in Annex II.

Delegated acts are to be used much more extensively in the recast of the Construction Products Regulation⁵ currently under discussion, including in the area of product safety. Under Article 4 (3) of the proposed Regulation, the Commission is to be empowered to pass delegated acts specifying essential characteristics and assessment methods for certain product families and categories. This would enable it to support the Regulation with secondary regulations containing technical requirements. In the Commission’s view, this is necessary where delays or shortcomings arise during the development of harmonized standards, or where standards are lacking entirely. The occupational safety and health lobby regards this as a problem, as it requires an additional step for product safety requirements to be specified in standards. Should the Commission fail to pass delegated acts on product safety, the relevant requirements of the Regulation are meaningless.

It remains to be seen to what extent the Commission will actually use the powers it has been granted to pass delegated acts. The standardization community should certainly continue to monitor this instrument, particularly with regard to the use of delegated acts to specify technical aspects. At the same time, however, this instrument presents an opportunity for changes to be made more swiftly and flexibly and account taken of technical and scientific progress.

*Freeric Meier
meier@kan.de
Katharina Schulte
schulte@kan.de*

¹ <https://webgate.ec.europa.eu/regdel/#/delegatedActs?lang=en>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32017R0745>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32016R0425>

⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52021PC0202>

⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52022PC0144>

Task and role of the German Product Safety Commission

The Product Safety Commission (AfPS) is a committee based at the German Federal Ministry of Labour and Social Affairs (BMAS). It owes its existence to Section 27 of the German Product Safety Act (ProdSG)¹. Among its functions are identifying applicable standards in the non-harmonized scope and establishing framework conditions for awarding of the GS mark.

The AfPS primarily advises the German government on product safety issues. Its activities are not managed directly by the BMAS, but have been delegated to the German Federal Institute for Occupational Safety and Health (BAuA).

To equip it to fulfil its tasks suitably, the AfPS is composed of experts from the market surveillance authorities, the conformity assessment bodies, the German Social Accident Insurance Institutions, the German Institute for Standardization (DIN), the Commission for Occupational Health and Safety and Standardization (KAN), the employers' associations, the trade unions and other associations concerned, particularly those of manufacturers, distributors and consumers. Membership is exercised in a voluntary capacity, and the number of members should not exceed 21. The German federal ministries and the supreme regional authorities and higher federal authorities responsible for safety, health and the environment also have the right to be represented and have their views heard at meetings of the AfPS.

Identification of applicable standards and specifications

One of the AfPS's tasks is to identify applicable standards and other technical specifications in the non-harmonized scope. To this end, DIN regularly provides the AfPS with a list of new and revised standards, which is then presented to AfPS members. The members discuss the individual standards at a meeting and decide whether they are deemed identified as applicable or are to be put on hold, for example to clarify outstanding issues. The standards identified as applicable give rise to a presumption of conformity with the German Product Safety Act.

Furthermore, the commission identifies specifications that are to be applied during type examination for the purposes of awarding of the GS mark. It also issues recommendations regarding the suitability of a product for awarding of the GS mark, as some products (for example weapons) are not considered eligible for the mark.



Criteria for the identification of applicable standards and specifications

The products affected by the standard or specification must fall within the scope of the ProdSG, and the standard (or specification) must be a product standard that supports the requirements of the ProdSG. It must not be a pure measurement or test standard, nor a generic safety standard.

The application of measurement and test standards can give rise to a presumption of conformity only if these standards are referred to in a product standard and application of the product standard itself already gives rise to the presumption of conformity. As a rule, generic safety standards do not specify the product-related safety provisions in sufficient detail to give rise to a presumption of conformity within the meaning of Section 5 (2) of the ProdSG.

During identification of applicable standards, it must be stated whether a public enquiry was followed during development of the standard and whether the document was then adopted by consensus.

If a standard that has already been identified as applicable is found not to cover the safety and health requirements under Section 3 (2) of the ProdSG, the market surveillance authorities and the AfPS members have the option of submitting a formal objection. The objection is then presented to the groups within the AfPS for consideration. Should agreement on the objection not be reached within the AfPS, a project group is set up to discuss the formal objection in detail. The result is then discussed in the AfPS.

Publication of lists of standards

The standards and specifications identified by the AfPS as applicable are published by the BAuA in a list². This list comprises Parts 2-1 (national standards) and 2-2 (national technical specifications).

Only fully consensus-based standards that are part of the German body of standards, e.g. DIN, DIN EN, DIN EN ISO, DIN IEC, can be listed in Part 2-1 of the list of standards. Once listed, the standards give rise to a presumption of conformity.

Documents published in Part 2-2 of the list include DIN specifications and technical specifications of other rule-setting bodies. During the process for identification of the applicability of these specifications, the AfPS expects to receive information on successful completion of a public enquiry.

Documents in this list also give rise to a presumption of conformity once they are listed there, and are published on the BAuA website. To date, the AfPS has identified nine technical specifications on topics such as lasers serving as consumer products, adapters, office furniture and transport systems for precast concrete components.

The GS mark

In addition, the AfPS develops specifications that must be applied during type examination for awarding of the GS mark. To date, the following specifications have been published:

- GS PAH specification (polycyclic aromatic hydrocarbons)
- GS type examination specification
- GS school bag specification
- GS hair dryer specification

These technical specifications are being continuously adapted to technical progress.

The GS specification for polycyclic aromatic hydrocarbons (PAHs) developed by the AfPS sets out the requirements for type examination of products for PAHs as part of the process for awarding of the GS mark. It further describes the procedure for examination by the GS body and the content of the risk assessment, categorization, testing and evaluation, and also the maximum PAH content to be observed for materials used in relevant contact/gripping and actuation surfaces.

Since as yet, few requirements if any exist worldwide for the use of PAHs, this specification has been translated into English and is now used internationally.

Andreas Dlugi
Director of the AfPS
dlugi.andreas@bua.bund.de

¹ www.gesetze-im-internet.de/englisch_prodsg/index.html

² www.baua.de/EN/Tasks/Statutory-and-sovereign-tasks/Product-safety-act/Lists-of-standards.html

Limits of standardization: DIN 820-1 updated

The DIN 820 series of standards, Standardization, lays down all the essential rules under which standardization work is conducted in Germany. Following the latest revision, Part 1 now explicitly specifies what content and aspects should not be standardized.

Standards in the DIN 820 series govern standardization itself. The series is therefore of great importance for standardization as a whole. DIN 820 encompasses a number of documents governing aspects such as the presentation of standards, terminology and the procedures followed during the development of standards. The standards committee responsible for development of the standardization rules is NAGLN, Principles of Standardization.

In particular, DIN 820-1, Standardization – Part 1: Principles, is probably unrivalled by any other standard in determining the work of German standards bodies. It was revised in the routine cycle between 2020 and 2022 and republished in November 2022. The standard explains, for example, how standardization work is organized with the organizations involved and the structure of DIN standards committees, their various working committees and their responsibilities. This includes provisions concerning the makeup of the committees and for the authorization of experts delegated to them. It also specifies how the German body of standards as a whole is composed: of standards developed nationally by DIN, and standards of European and international standards organizations adopted by DIN.

Topics that should be standardized and those that should not

Clause 7 of DIN 820-1 describes how standards are developed. Following an exhaustive discussion of the effects and consequences of standards, including their relevance under civil and criminal law, a restructuring of Clause 7 was deemed warranted. In particular, Sub-clause 7.2 describing the limits of standardization is completely new. KAN expressly welcomes

this development, as the content and aspects suitable for standardization and those that should be excluded from it are now specified. The KAN Secretariat was extensively involved in the revision process with regard to its relevance to occupational safety and health, and submitted proposals regarding the content to the standards committee.

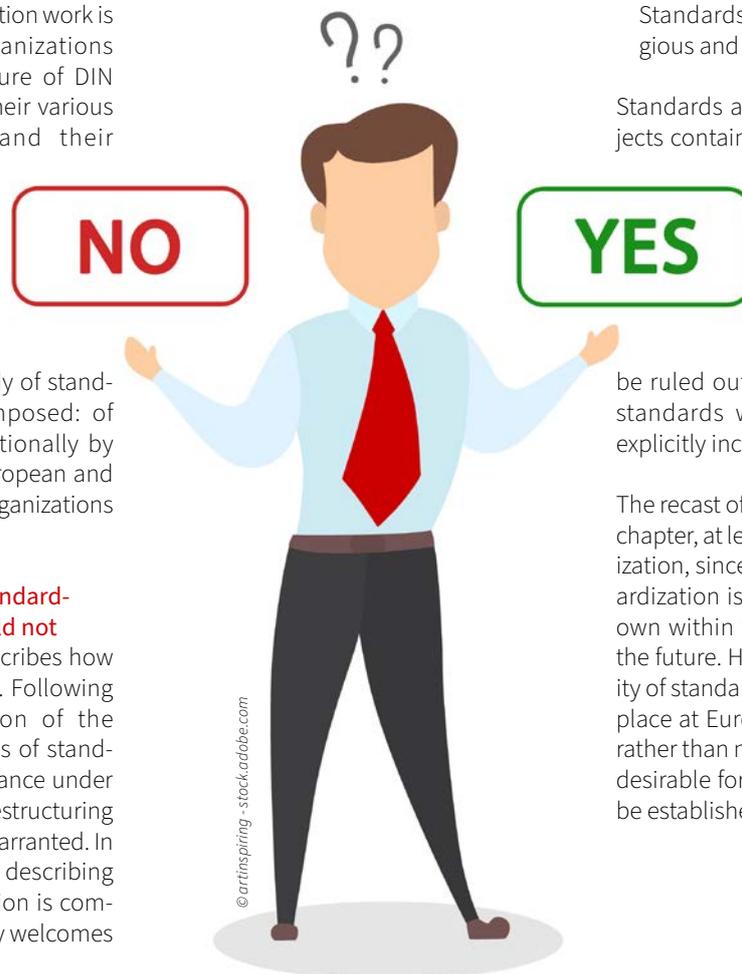
As a result, Clause 7 has been substantially restructured, and the limits of standardization are now stated in a second sub-clause at the beginning of the clause. Three areas in which standardization should not be conducted are now explicitly stated:

- Legislation and political decisions by relevant institutions, whether at German regional or federal level, or that of the EU. Legislation always takes precedence over standards, as do the rules and regulations of chambers and self-governing bodies with a statutory mandate.
- Content that lies within the remit of the social partners in Germany. The basic right of collective bargaining autonomy under Article 9 (3) of the German Basic Law accords prominent regulatory competence to the social partners, which empowers them to assume certain labour and social policy functions autonomously.
- Standards must not define ethical values, but only their technical implementation, for example in relation to artificial intelligence. Standards must not address religious and ideological values at all.

Standards and standardization projects containing subject-matter such as these are not to be launched, nor is support to be given to such initiatives at the international level. Conflict with the above areas must also be ruled out in the development of standards whose scope does not explicitly include such content.

The recast of DIN 820-1 heralds a new chapter, at least for German standardization, since for the first time, standardization is now setting limits of its own within which it may operate in the future. However, since the majority of standardization work now takes place at European and international rather than national level, it would be desirable for these principles also to be established at those levels.

*Freeric Meier
meier@kan.de*



Three questions for: Benjamin Pfalz, Chair of KAN

Benjamin Pfalz is a trade union secretary at the department responsible for work organization and health protection within the executive management of IG Metall, the trade union of the German metal industry. He has been Chair of KAN since May 2022.



Mr Pfalz, how do you currently see the direction being taken by KAN, and where would you like it to be heading?

KAN has undergone significant developments in recent years. With adoption of development targets by the Executive Board, it has set itself a clear framework for development. Significant progress has been made: I'm thinking for example of the target of increasing involvement at European level. The opening of the Brussels office was certainly a milestone.

At the same time, it's important that we now build on this and expand our work at European level. This includes conceptual and strategic aspects. It won't be easy, but I'm confident that together with all of KAN's stakeholders, we'll find the right way forward.

In recent years, KAN has repeatedly shown itself to be capable of responding to changing conditions. One example is the approach taken to fast-

track standardization documents, which we've become familiar with in formats such as DIN SPEC or VDE SPEC. Through KAN, it's been possible to establish a procedure jointly with DIN by which influence can also be exerted on these formats, and occupational safety and health interests thereby assured.

What topics do you particularly think we need to stay on top of?

Europeanization and internationalization of standardization activity will present us with huge challenges. Take for example the three EU regulations of major relevance for occupational safety and health that are currently on the agenda: artificial intelligence, machinery and construction products, all of them underpinned by standards which overlap with occupational safety and health.

Technological change driven by the digital transformation, and underlying conditions such as increasing climate change and the European Green Deal, will give rise to numerous topics that are of concern for KAN. This is already evident from developments in the area of these EU regulations. For example, we're currently taking a close look at the standardization in the sphere of highly automated, driverless mobile machinery – just one example among many. At the same time, familiar issues of product safety continue to be relevant for our work, for example in discussions of the quality requirements for ladders. As the occupational safety and health lobby, we must remain abreast of all these topics.

I think that this is also where the challenge lies of keeping KAN on the right course in view of the breadth of topics. We must critically monitor the standardization projects in progress and ensure that standardization does not chip away at the binding regulations of the state and the statutory

accident insurance institutions, which assure the safety and health of workers at work.

We can conclude from this that the European arena is becoming increasingly important. What can the occupational safety and health lobby do to become even more effective in this arena?

KAN should continue to learn how to exert influence systematically and at decisive points. I'm thinking, for example, of the staff of the political groups in Brussels – the political advisors – who are often desperately looking for reliable external expertise. They are also the ones writing and coordinating the documents presented for discussion in the political groups. If we're able to channel KAN's knowledge to these people, we'll have succeeded in making our occupational safety and health concerns known in important quarters. We can achieve this only by systematically cultivating contacts in all political groups. Furthermore, as our trade union experience has shown, this is often more effective than seeking to influence individual members of parliament.

Dialogue between the stakeholders represented in KAN concerning the options for exerting influence at European level, through to specific forms of cooperation with the European associations of the social partners – at least where interests coincide – are in my view the promising approaches.

I'd like to make a clear plea for us all to summon up the courage to enter the fray and master the balancing act between the tried and tested and the new. Based on the solid foundation of our principles and in a consensus between the stakeholders, KAN is an effective platform for occupational safety and health.

Artificial intelligence meets occupational safety and health

Around 130 experts from the areas of occupational safety and health, research, standardization and regulation met on 20 October at the 7th EUROSHNET conference in Paris to discuss the challenges presented by artificial intelligence for occupational safety and health.

Artificial intelligence is already being used in numerous areas. These include transport and logistics, the industrial sector, agriculture, healthcare, human resources and insurance. What is still lacking, however, is a clear definition of artificial intelligence. Raja Chatila, Professor Emeritus of artificial intelligence, robotics and IT ethics at Sorbonne University in Paris, made the case for a definition broad enough to cover all current and future AI systems. At the same time, he pointed out the need for AI to be sufficiently narrowly defined to allow specific requirements for the systems to be formulated. Common to AI applications is that they process large volumes of data and use statistical models to draw logical conclusions from them. However, AI recognizes neither the quality nor the context of the data, and is often a “black box”, with decision-making processes that human beings are unable to grasp.

What are the characteristics of good AI?

For artificial intelligence to meet with acceptance and be used responsibly, it must be trustworthy. A high-level expert group of the European Commission on the subject of AI has drawn up key requirements for the concept of AI’s trustworthiness. These requirements include human beings remaining in control, systems being transparent, technically robust and secure, data protection being assured, discrimination and systematic errors being eliminated, and legal accountability being clarified. Raja Chatila further pointed out that AI cannot be considered in isolation, but must always be seen in the context of its application, i.e. the system in which it is used.

Using impressive examples, André Steimers, Professor at Koblenz University of Applied Sciences, showed how easily AI can reach the wrong conclusions. This may be due to the data being outdated or unrepresentative. In some cases, however, it may be very difficult or even impossible for humans to grasp why such errors arise. This raises questions regarding the reliability of a system and what level of automation is permissible, particularly in safety-critical scenarios.



© Fabrice Dimier pour l'INRS

Sebastian Hallensleben, Chairman of the CEN-CENELEC Joint Technical Committee on Artificial Intelligence, brought home the important contribution that standardization can make for the trustworthiness of AI. He pointed out the need for an approach that is practicable both for industry and for regulators and consumers, and that makes various aspects comprehensible. One conceivable solution is a standardized label, similar to that for the energy efficiency of electrical appliances. The label would show at a glance what level of transparency, comprehensibility, data protection, fairness and reliability is provided by an AI product.

The need for a regulatory framework

For AI to be used safely, it is imperative that European regulation should keep pace with technological developments. Victoria Piedrafita, who holds responsibility for the proposed Machinery Regulation at the European Commission's Directorate-General GROW, explained how the proposal addresses AI and interacts with the AI Regulation. For example, all AI applications impacting upon safety-related functions are to be assigned to the highest risk category, for which certification by a notified body is mandatory. Attention must also be paid to hazards that arise only after the machines have been placed on the market, as a result of the machines developing further autonomously. If this aspect is not considered, the machines must not be placed on the market, as safety has top priority.

At present, it remains unclear to what extent the planned AI Regulation will apply to areas of application that impact upon the safety and health of workers at work or issues of collective bargaining autonomy. Antonio Aloisi of IE University Law School in Madrid showed that algorithms are now at least supporting humans and even replacing them altogether in many management tasks. Algorithms evaluate curricula vitae, issue work instructions, measure employees' performance and in some cases may even influence employee dismissals. However, as Aloisi points out, these developments are not yet sufficiently addressed by legislation, collective agreements or risk assessments. These regulatory loopholes must be closed urgently. Several papers also highlighted the importance of ensuring that the data are appropriate and balanced for the problem at hand. Automated decisions may otherwise be biased in favour of certain groups of people owing to their gender, age or skin colour.

How strict does regulation need to be?

In the concluding panel discussion, Isabelle Schömann (European Trade Union Confederation) cautioned against allowing AI applications to be introduced on a trial and error basis. European legislation clearly states that unsafe products are unacceptable. Jörg Firnkorn (DEKRA) advocated moderation: in his view, both over-regulation and under-regulation should be avoided; a calculated risk also opens up the opportunity to learn from mistakes and improve the technology. Franck Gambelli (French employers' association UIMM) drew a parallel with the increasing use of robots 30 years ago. This also initially raised serious concerns which, however, did not materialize. Gambelli considers it important that standardization should offer practicable tools for implementation. Christoph Preusse (German Social Accident Insurance Institution for the woodworking and metalworking industries/BGHM) pointed out that the activities of other countries are also relevant to Europe; China and the USA, for example, were seeking to develop international standards that will also impact upon issues of workplace organization. Companies with an international focus will not be willing to differentiate between different regions and modify their products accordingly.

Action rather than reaction

"Prevention means proactivity. As occupational safety and health experts, we can't afford to wait and see what happens, and then react," was how EUROSHNET Chair Pilar Cáceres Armendáriz of INSST, the Spanish Occupational Safety and Health Institute, summed up the situation in her concluding remarks. In her view, an important contribution of the conference was therefore that it had brought the various stakeholders into dialogue with one another in order to learn from each other and, together, explore how artificial intelligence could best be addressed in legislation and occupational safety and health.

Conference **photographs** and PDF files of all **papers** are available at www.euroshnet.eu/conference-2022.

*Sonja Miesner
miesner@kan.de*

*Michael Robert
robert@kan.de*

Vibration on pedelecs: a rocky road

An important step has been taken with the development of a vibration measurement method for use on pedelecs. Overall, however, the treatment of vibration in standards remains patchy.

Pedelecs have become an accepted means of transport. Vocational use is also steadily increasing, for example among bicycle courier services, the police and postal services. Workers in these and other occupational groups may spend many hours a day on pedelecs, and may ride them on unsurfaced roads and roads with cobblestone paving or damaged asphalt. As a result, vibration may be transmitted to the rider that is potentially hazardous to his or her health.

Pedelecs fall within the scope of the European Machinery Directive, which requires machines to be designed and manufactured such that risks caused by vibration are reduced. Manufacturers are also required to provide information on the vibration transmitted from the machine to the user. These two requirements should

also be described in the relevant product standards; to date, however, this has not been the case for pedelecs. A recurring argument against vibration being addressed in these standards has been the lack of a standardized vibration measurement method for bicycles¹.

The generic standard for pedelecs is the harmonized standard EN 15194:2017, Cycles – Electrically power assisted cycles – EPAC Bicycles. This standard governs pedelecs in general and can thus be referred to by standards governing more specific pedelecs. For example, EN 17404:2022 governing EPAC mountain bikes extends the basic standard. Following a comment by KAN, vibration was included in this standard as a potential hazard, but only for intensive vocational use. Beyond that, reference is made to the work currently in progress on the generic standard with regard to vibration, and its treatment is excluded from this standard. Following a KAN comment, the DIN 79010:2022 national standard concerning single-track and multi-track transportation bikes and cargo bikes also refers to the possible hazard posed by vibration. Broad instructions for determining and reducing the vibration occurring were added and information on the vibration was made a requirement. Work is currently underway on a European series of standards governing cargo bikes.

Generic standard to be adapted

In 2020, the Netherlands submitted a formal objection concerning EN 15194 with regard to the rechargeable batteries. KAN used the subsequent discussion of the standard as an opportunity to address the issue of vibration. The stakeholders agreed upon development of a measurement method and that vibration was to be addressed in the text of the standard. Until this takes place, a warning for inclusion in the EU Official Journal concerning EN 15194, which

has also already been formulated, is intended to remove the presumption of conformity with the requirements concerning vibration. As yet however, the European Commission has not published this warning.

Amendments not sufficient

The vibration measurement method for bicycles was developed in the German mirror committee and is to be included in EN 15194 as an informative annex by way of amendment A2. During the public enquiry conducted in early 2022, KAN submitted a comment on this amendment, since it fails to include measures to reduce vibration and neither requires nor describes information on it. Moreover, an informative annex is not sufficient: the annex should be normative, so that manufacturers who declare that their pedelecs comply with the standard are required to apply the method described, and the vibration levels determined by it are then comparable.

The national and European comments resolution meeting has already taken place. Publication of the amendment is still pending. As things stand at present, vibration is to be included as a hazard; the other KAN comments however were not adopted. Even following the amendment, EN 15194 thus fails to support the relevant requirements of the Machinery Directive concerning vibration. This should be stated accordingly in Annex ZA, which describes the relationship between the European standard in question and the Machinery Directive. Should this not be the case, the warning that has been prepared still applies and should be published as soon as possible.

*Dr Anna Dammann
dammann@kan.de*



©Ronald Rampsch - stock.adobe.com

¹ See also KANBrief 1/20: www.kan.de/en/publications/kanbrief/transport-and-traffic/bad-vibes-on-the-pedelec

EU Standardisation Regulation is adapted

The European Council and the European Parliament have agreed upon adjustments to the EU Standardisation Regulation. The Standardisation Regulation lays down rules for the drafting of harmonized standards in the EU.

The adjustments particularly concern the following points:

- Only representatives of the national standards organizations are to be involved in decision-making processes concerning European standards and European standardization deliverables (the principle of national delegation is to be ensured throughout).
- The important role of stakeholders in the standardization process is reaffirmed (all stakeholders are ideally to be involved).
- The role of third countries in the decision-making process is clarified.

The provisional political agreement that has been reached has yet to be formally approved by the Council and the European Parliament. With respect to the Council, the agreement must first be approved by the ambassadors of the Member States before passing through the formal steps of the adoption process. The Regulation is to enter into force on the twentieth day after its publication in the Official Journal of the European Union.

Press release of the European Council: <https://t1p.de/07fje>

Update on the safety of treatment tables

On treatment tables with powered height adjustment, incidents in which persons become entrapped between structural elements of the table are not uncommon. In IFA Report 4/2022, the Institute for Occupational Safety and Health of the DGUV (IFA) presents a procedure for evaluating the efficacy of a safety measure in possible accident scenarios and hazardous situations. To facilitate application of the procedure, a detailed description and a series of examples are provided.

Further information for manufacturers and operators of treatment tables can be found on the website of the German Social Accident Insurance Institution for the health and welfare services (BGW). The information includes model risk assessments, a manufacturer's declaration for new and upgraded legacy treatment tables confirming that they comply with the recommendations of the German Federal Institute for Drugs and Medical Devices (BfArM), and a catalogue of frequently asked questions. Operators insured by the BGW may receive a grant for the upgrading of legacy treatment tables or procurement of new treatment tables featuring particularly good safety technology.

IFA Report: <https://publikationen.dguv.de>, webcode 22285 (in German)
BGW information: www.bgw-online.de/therapieliegen (in German)

KAN position paper on lighting updated

KAN has updated its position paper on the consideration of non-visual effects of lighting in standardization. The update was prompted by the revision of the DIN SPEC 67600 technical report, which was republished in August 2022 as Technical Specification DIN/TS 67600, Complementary criteria for lighting design and lighting application with regard to non-visual effects of light. The original document contained detailed planning recommendations concerning the non-visual effects of light, despite the scientific evidence available at this time not being adequate. The requirements also concerned the safety and health of workers at work.

These requirements, which were criticized by KAN, have now been reformulated as cause and effect relationships. The document no longer contains any requirements and in the view of the OSH lobby can therefore be used as a source of information.

Updated version of the KAN position paper:
<https://t1p.de/KAN-Position-Lighting-2022>

Publications

Artificial intelligence in company practice: getting started – the basics

A brochure published by the Confederation of German Employers' Associations (BDA) provides a summary of important aspects that companies must consider when introducing AI. What goals are pursued by a company when it introduces AI applications? How profitable is the use of an AI application, and for what processes? Are data of sufficient quality available with which an AI application can be trained and introduced? The brochure also provides information on the aspects that must be taken into account with regard to co-determination and data protection. Interviews provide insights into the use of AI in practice.

<https://t1p.de/BDA-KI> (in German)

Internet

Areas of EU law, explained succinctly and comprehensibly

On its website, the EU presents summaries of the most important EU legislation, i.e. directives, regulations and decisions, for more than 30 EU policy fields – ranging from A for agriculture to T for transport.

The clear explanations in the 24 official EU languages are intended for interested parties in the general public. Each explanation includes a link to the full, official version of the legal acts.

<https://eur-lex.europa.eu/browse/summaries.html>

Sommaire



© Nuthawut - stock.adobe.com

Dossier

- 30 Les actes délégués, instruments de la législation européenne
- 32 Mission et rôle du Comité pour la sécurité des produits (AfPS)
- 34 Les limites de la normalisation : actualisation de la norme DIN 820-1

Thèmes

- 35 Trois questions à... Benjamin Pfalz, Président de la KAN
- 36 7e Conférence EUROSHNET : La rencontre de l'intelligence artificielle et de la SST
- 38 Vibrations sur les vélos à assistance électrique – un chemin semé d'embûches



© biende11, photo - stock.adobe.com



© Photographie.eu - stock.adobe.com

39 En bref

- Adaptation du règlement de l'UE sur la normalisation
- Sécurité des tables de thérapie : état des lieux
- Actualisation de la position de la KAN sur l'éclairage
- Publications
- Internet

40 Agenda

Restez toujours informés :



[www_kan_de](https://www.kan.de)



[KAN_Arbeitsschutz_Normung](https://www.instagram.com/KAN_Arbeitsschutz_Normung)



[Kommission Arbeitsschutz und Normung \(KAN\)](https://www.kan.de)



[KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung](https://www.facebook.com/KAN-Kommission-Arbeitsschutz-und-Normung)



Benjamin Pfalz

Président de la KAN

Syndicat allemand de la
métallurgie (IG Metall)

Cohérence et sécurité juridique en des temps incertains

Dans un contexte marqué par des difficultés d'approvisionnement, une inflation élevée et des coûts de l'énergie encore plus élevés, il semble difficile de consacrer les ressources suffisantes aux questions de détail de la SST et de s'investir en faveur de la cohérence, de la sécurité juridique et des principes démocratiques. Et pourtant, c'est plus nécessaire que jamais !

Les progrès fulgurants de la technique et les crises mondiales, telles que nous les vivons dans les domaines du climat, du commerce et des conflits armés, se traduisent par un besoin de plus en plus différencié de règles et de normes. En mode de crise, cependant, les priorités menacent d'évoluer, et bien des choses que l'on croyait acquises pour la SST risquent d'être remises en question.

L'exemple du Comité pour la sécurité des produits (AfPS) montre en revanche comment doivent être établies la cohérence et la sécurité juridique, en l'occurrence dans le domaine régi par la loi allemande sur la sécurité des produits. Le recensement de normes non harmonisées, qui déclenchent alors la présomption de conformité, fait partie de ses principales missions.

La législation européenne a besoin, elle aussi – et surtout elle – d'être adaptée et améliorée. L'instrument controversé que sont les actes délégués peut ici s'avérer utile. La KAN et ses parties prenantes s'investissent pour que leur utilisation soit pertinente dans chacun des domaines concernés.

Outre tous ces efforts, nous avons besoin d'espaces de discussion qui nous aident à nous orienter mutuellement. Des occasions telles celle créée récemment par la conférence d'EUROSHNET avec la participation de la KAN aident toutes les parties concernées à relever les défis de manière adéquate en ces temps incertains. «

Les actes délégués, instruments de la législation européenne

Quand il s'agit d'adapter les actes juridiques européens aux progrès scientifiques et techniques, il existe un instrument : l'acte délégué. Mais qu'est-ce qui se cache derrière ce terme, et quel peut être son impact sur la normalisation ?

L'ordre juridique de l'Union européenne (UE) se divise en droit primaire et en droit secondaire. Le droit primaire englobe les traités de l'UE, la Charte des droits fondamentaux ainsi que les principes juridiques généraux de la Cour de justice européenne. Le droit secondaire englobe tous les actes juridiques adoptés par le Parlement européen et par le Conseil, par le biais desquels l'UE exerce ses compétences. Le Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) définit en outre une hiérarchie au sein du droit secondaire : les actes législatifs, les actes délégués et les actes d'exécution.

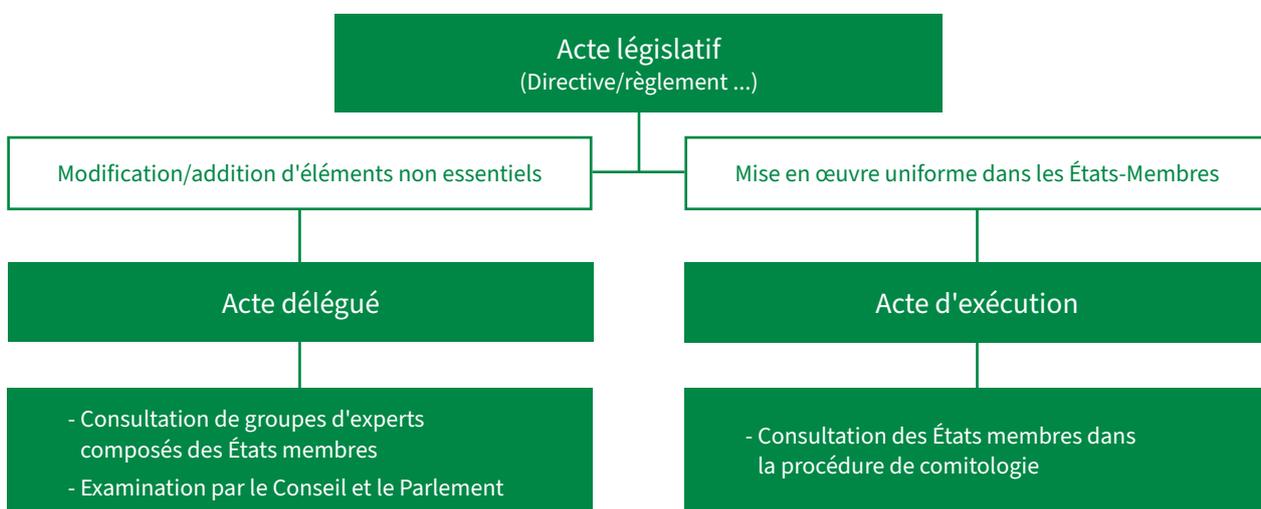
Les **actes législatifs** sont des actes juridiques adoptés conformément à une procédure législative, ordinaire ou spéciale (art. 289 du TFUE). Il s'agit notamment des directives et des règlements. C'est pour qu'ils puissent être concrétisés davantage après leur adoption que le Traité de Lisbonne, entré en vigueur en 2009, a introduit les actes délégués et les actes d'exécution.

Les **actes délégués** sont des actes non législatifs adoptés par la Commission européenne. Ils servent à modifier ou à compléter les éléments non essentiels de la législation. Ils sont en général utilisés pour adapter la législation aux progrès techniques et scientifiques. Cet instrument est défini à l'article 290 du TFUE. Dans des actes législatifs, la Commission peut se voir déléguer les pouvoirs nécessaires à cet effet, en précisant que le Parlement européen et le Conseil peuvent révoquer cette délégation de pouvoir. Les conditions suivantes doivent en outre être respectées :

- L'acte législatif doit définir les objectifs, le contenu, le champ d'application et la durée (le plus souvent 5 ans) de la délégation de pouvoir.
- Les actes délégués ne peuvent modifier les éléments essentiels de l'acte de base. Une délégation de pouvoir visant à le faire est exclue.
- Les actes délégués ne peuvent être que d'application générale, ce qui signifie qu'ils ne peuvent pas traiter de situations individuelles.

Avant d'adopter des actes délégués, la Commission consulte des groupes d'experts dans lesquels sont représentés tous les États membres. Une fois qu'un acte délégué a été adopté par la Commission, le Parlement et le Conseil ont deux mois pour l'examiner. L'acte délégué ne peut entrer en vigueur que si aucune objection n'est opposée.

Définis à l'article 291 du TFUE, les **actes d'exécution** servent en revanche à créer des conditions uniformes pour la mise en œuvre d'actes législatifs. La responsabilité de cette mise en œuvre incombe par principe aux États membres. Toutefois, dans les



domaines où des conditions uniformes sont nécessaires pour la mise en œuvre d'actes législatifs contraignants (Marché intérieur, santé, etc.), la Commission – ou le Conseil, dans des cas particuliers justifiés – est habilitée à adopter des actes d'exécution. Pour leur élaboration, elle doit consulter un groupe d'experts composé de représentants de chaque État membre (procédure de comitologie).

Des exemples tirés de la pratique

Un coup d'œil dans le Registre interinstitutionnel des actes délégués¹, qui existe depuis décembre 2017, montre que, depuis longtemps, leur utilisation n'est plus une exception. C'est dans le cadre du Règlement sur les dispositifs médicaux² que cet instrument a fait clairement son apparition pour la première fois. Afin de garantir la protection de la santé et de la sécurité des utilisateurs, ainsi que d'autres aspects de la santé publique, la Commission est par exemple habilitée à apporter des modifications à l'Annexe IV du Règlement, par le biais d'un acte délégué, et donc de modifier ainsi les informations minimales requises pour la déclaration de conformité UE.

L'exemple du Règlement sur les équipements de protection individuelle (EPI)³ montre que les actes délégués permettent de réagir plus vite et avec plus de souplesse aux nouveautés, les modifications d'aspects non essentiels ne nécessitant pas en effet de longs processus législatifs. Dans le Règlement sur les EPI, les actes délégués permettent de modifier les catégories, définies dans l'Annexe I, des risques contre lesquels les EPI doivent protéger les utilisateurs, et de reclasser ces risques. Autrefois, il aurait fallu une procédure législative pour modifier la Directive sur les EPI, ce qui explique que l'Annexe I n'ait pas été mise à jour pendant 20 ans.

Pour la proposition de règlement sur la révision de la Directive Machines⁴ aussi, les actes délégués prévus simplifient une concrétisation. Il est prévu en l'occurrence d'utiliser l'instrument pour ajuster la liste, qui figure à l'annexe I, des machines présentant un risque élevé, ainsi que la liste des composants de sécurité, définie dans l'annexe II.

Il est prévu d'utiliser les actes délégués de manière nettement plus étendue dans la nouvelle version, actuellement en cours de discussion, du Règlement sur les produits de construction⁵, notamment dans le domaine de la sécurité des produits. En vertu de l'Article 4, paragraphe 3 de la proposition de règlement, la Commission est habilitée à adopter des actes délégués définissant les caractéristiques essentielles et les méthodes d'évaluation pour certaines familles et catégories de produits. Ceci permet, à un niveau sous-législatif, d'étayer le règlement par des exigences techniques. Du point de vue de la Commission, cela s'avère nécessaire quand des retards ou des lacunes apparaissent dans l'élaboration de normes harmonisées, ou quand il n'y a même pas de normes. Pour la SST, cela pose un problème, la concrétisation dans les normes des exigences en matière de sécurité des produits n'intervenant en effet qu'après une étape supplémentaire. Si la Commission n'adopte aucun acte délégué sur la sécurité des produits, les exigences correspondantes du règlement ne mèneront à rien.

Reste à voir dans quelle mesure la Commission fera effectivement usage des pouvoirs qui lui sont conférés pour adopter des actes délégués. Le monde de la normalisation devrait sans aucun doute garder un œil attentif sur cet instrument, en particulier lorsqu'il s'agira de recourir aux actes délégués pour définir des aspects techniques. Mais, en même temps, cet instrument offre la chance de procéder plus vite et avec plus de souplesse à des modifications, en vue de prendre en compte les progrès techniques et scientifiques.

*Freeric Meier
meier@kan.de
Katharina Schulte
schulte@kan.de*

¹ <https://webgate.ec.europa.eu/regdel/#/delegatedActs?lang=fr>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX:32017R0745>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX:32016R0425>

⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=celex:52021PC0202>

⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX:52022PC0144>

Mission et rôle du Comité pour la sécurité des produits (AfPS)

En Allemagne, le Comité pour la sécurité des produits (Ausschuss für Produktsicherheit – AfPS) est un comité rattaché au Ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales (BMAS). Il est régi par l'article 27 de la loi allemande sur la sécurité des produits (ProdSG)¹.

Il a notamment pour tâche de recenser des normes pertinentes dans le domaine non-harmonisé et de fixer les conditions générales pour l'attribution du label GS.

La première mission de l'AfPS est de conseiller le gouvernement fédéral sur les questions relatives à la sécurité des produits. La gestion des activités de l'AfPS n'est pas assumée directement par le BMAS, mais a été confiée à l'Institut fédéral de la sécurité et de la santé au travail (BAuA).

Pour pouvoir s'acquitter de ses missions de manière adéquate, l'AfPS est composé de personnes compétentes issues des autorités de surveillance du marché, des organismes d'évaluation de la conformité, des organismes d'assurance accident légale, de l'Institut allemand de normalisation (DIN), de la Commission pour la sécurité et santé au travail et la normalisation (KAN), des organisations patronales, des syndicats et des associations concernées, notamment de fabricants, de distributeurs et de consommateurs. Le nombre de membres – qui exercent leur fonction à titre honorifique – ne doit pas dépasser 21. Les ministères fédéraux, tout comme les autorités régionales et fédérales supérieures en matière de sécurité, de santé et d'environnement, ont également le droit d'être représentés et entendus aux réunions de l'AfPS.

Recensement de normes et de spécifications

L'une des missions de l'AfPS consiste à recenser les normes et autres spécifications techniques dans le domaine non harmonisé. À cet effet, l'AfPS reçoit régulièrement de la part du DIN une liste de normes nouvelles et révisées, qui est alors soumise aux membres de l'AfPS. Lors d'une réunion, ceux-ci se concertent sur chacune de ces normes et décident si elle peut être considérée comme recensée, ou si elle doit être mise en attente, par exemple pour clarifier des questions en suspens. Les normes recensées déclenchent la présomption de conformité à la loi allemande sur la sécurité des produits.

Le comité recense par ailleurs les spécifications qui doivent être appliquées lors de l'examen d'un modèle type pour l'attribution du label GS. Il émet aussi des recommandations quant à l'éligibilité d'un produit pour l'attribution du label GS, tous les produits n'étant pas considérés comme éligibles à ce label (par exemple les armes).



Les critères de recensement des normes et spécifications

Les produits concernés par la norme ou la spécification doivent entrer dans le champ d'application de la ProdSG, et il doit s'agir d'une norme de produit qui concrétise les exigences de la ProdSG. Il ne doit pas s'agir uniquement d'une norme de mesure ou d'essai, ni d'une norme de sécurité générique.

L'application de normes de mesure ou d'essai ne peut déclencher la présomption de conformité que s'il est fait référence à ces normes dans une norme de produit, pour autant que celle-ci déclenche déjà elle-même la présomption de conformité. En règle générale, les normes de sécurité génériques ne sont pas suffisamment concrètes pour ce qui est des spécifications techniques de sécurité relatives aux produits pour justifier une présomption de conformité au sens de l'article 5 paragraphe 2 de la ProdSG.

Lors du recensement d'une norme, il faut indiquer si elle a fait l'objet d'une procédure d'enquête publique pendant son élaboration, et si le document a été ensuite adopté par consensus.

Si, pour une norme déjà recensée, il est constaté une non-conformité avec les exigences de sécurité et de santé visées à l'article 3 paragraphe 2 de la ProdSG, les autorités de surveillance du marché et les membres de l'AfPS ont la possibilité d'émettre une objection formelle. Cette objection est alors soumise aux cercles internes de l'AfPS pour examen. Si aucun accord est trouvé au sein de l'AfPS, un groupe de projet est mis en place, qui examine l'objection formelle en profondeur et dont les conclusions sont ensuite discutées de manière définitive au sein de l'AfPS.

Publication de catalogues de normes

Les normes et spécifications recensées par l'AfPS sont publiées par le BAuA dans un catalogue². Ce catalogue se compose des parties 2-1 (normes nationales) et 2-2 (spécifications techniques nationales).

Dans la partie 2-1 du catalogue, dédiée aux normes nationales, seules peuvent être listées les normes totalement basées sur un consensus et faisant partie de la collection normative allemande (DIN, DIN EN, DIN EN ISO, DIN IEC, etc.). Une fois listées, ces normes déclenchent la présomption de conformité.

Figurent parmi les documents publiés dans la partie 2-2 du catalogue les spécifications du DIN, ainsi que des spécifications techniques d'autres organismes de réglementation. Pour le recensement de ces spécifications, l'AfPS demande des informations sur une procédure d'enquête publique menée avec succès.

Une fois listés, les documents qui figurent dans ce catalogue déclenchent, eux aussi, la présomption de conformité, et sont publiés sur le site web du BAuA. À ce jour, l'AfPS a recensé neuf spécifications techniques portant sur des sujets tels que le laser en tant que produit de consommation, les adaptateurs, les meubles de bureau et les systèmes de transport d'éléments préfabriqués en béton.

Le label GS

L'AfPS élabore en outre des spécifications qui doivent être appliquées lors des essais effectués sur les modèles types pour l'attribution du label GS. Jusqu'à présent, les spécifications suivantes ont été publiées :

- Spécification GS HAP (hydrocarbures aromatiques polycycliques)
- Spécification GS Essais sur modèles types
- Spécification GS Cartables
- Spécification GS Sèche-cheveux

Ces spécifications techniques sont adaptées en permanence au progrès technique.

La spécification GS élaborée par l'AfPS pour les hydrocarbures aromatiques polycycliques (HAP) établit les exigences pour les essais à effectuer sur le modèle type pour déterminer la teneur en HAP dans le cadre de l'attribution du label GS. Elle décrit en outre la procédure d'essai par l'organisme GS et les contenus de l'évaluation des risques, de la catégorisation, des essais et de l'évaluation, ainsi que les teneurs maximales en HAP pour les matériaux de surfaces pertinentes de contact, de préhension et d'actionnement. Étant donné qu'il n'existe à ce jour que peu, voire pas d'exigences concernant l'utilisation de HAP, cette spécification a été traduite en anglais et est désormais également utilisée au niveau international.

Andreas Dlugi
Directeur de l'AfPS
dlugi.andreas@baua.bund.de

¹ www.gesetze-im-internet.de/prodsg_2021

² www.baua.de/EN/Tasks/Statutory-and-sovereign-tasks/Product-safety-act/Lists-of-standards.html

Les limites de la normalisation : actualisation de la norme DIN 820-1

La série de normes DIN 820 définit toutes les règles essentielles du travail de normalisation en Allemagne. Depuis sa récente révision, la partie 1 contient désormais des consignes explicites sur les contenus et aspects qui ne doivent pas être normalisés.

La série de normes DIN 820 regroupe des normes dédiées à la normalisation. Elle est donc d'une grande importance pour la normalisation dans son ensemble. Elle régit notamment, dans différents documents, la présentation des normes, les termes à utiliser et les principes du travail de normalisation. Le comité de normalisation compétent pour l'élaboration des règles de normalisation est le NAGLN (Principes du travail de normalisation).

Intitulée « Travail de normalisation – Partie 1 : Principes », la DIN 820-1 régit, plus que toute autre norme, le travail des comités de normalisation allemands. Après une révision de routine effectuée entre 2020 et 2022, sa nouvelle version a été publiée en novembre 2022. On y trouve notamment expliqué comment s'organise le travail de normalisation avec les différentes organisations impliquées, ainsi que la structure des comités de normalisation du DIN avec leurs différents groupes de travail et leurs compétences. Des consignes sont données quant à la composition des comités et à l'autorisation des experts qui y sont délégués. Le texte définit par ailleurs comment se compose dans son ensemble la collection normative allemande, à savoir de normes élaborées au niveau national par le DIN et de

normes provenant d'organismes de normalisation européens et internationaux et adoptées par le DIN.

Ce qui doit – et ce qui ne doit pas – être normalisé

Le chapitre 7 de la norme DIN 820-1 décrit comment sont élaborées les normes. Suite à une discussion approfondie sur les effets et les conséquences des normes, y compris sur leur importance en termes de droit civil et pénal, il a été décidé que le chapitre 7 devait être remanié. Le paragraphe 7.2, en particulier, qui décrit les limites de la normalisation, est entièrement nouveau. La KAN salue expressément cette démarche, car il est désormais précisé quels contenus et aspects se prêtent à une normalisation et lesquels devraient en être exclus. Compte tenu de la pertinence du sujet pour la SST, le Secrétariat de la KAN a largement participé à la révision, et a soumis des propositions de contenu au comité de normalisation.

Il en résulte une nette restructuration du chapitre 7, au tout début duquel (au deuxième paragraphe), sont déjà précisées les limites de la normalisation. Le texte cite désormais explicitement trois domaines dans lesquels aucune normalisation ne doit avoir lieu :

- La législation et les décisions politiques des institutions pertinentes, que ce soit au niveau régional, fédéral ou européen. Les lois et ordonnances, mais aussi l'ensemble des règles des chambres et organes d'autogestion mis en place par la loi, ont toujours priorité sur les normes.
- Les contenus qui, en Allemagne, relèvent du domaine géré par les partenaires sociaux. Le droit fondamental de l'autonomie tarifaire visé à l'article 9 paragraphe 3 de la Loi fondamentale garantit aux partenaires sociaux une compétence réglementaire majeure leur permettant d'assumer de manière autonome certaines tâches de politique du travail et de politique sociale.
- Les normes ne doivent pas définir de valeurs éthiques, mais seulement la manière dont celles-ci sont mises en œuvre techniquement – notamment dans le cas de l'intelligence artificielle. Les valeurs religieuses et idéologiques ne doivent en aucun cas être traitées dans des normes.

Il ne faut en aucun cas initier de normes ou projets de normes présentant de tels contenus, ni soutenir au niveau international toute initiative allant dans ce sens. Même lors de l'élaboration de normes dont le domaine d'application n'inclut pas explicitement de tels contenus, tout conflit avec les domaines mentionnés doit être exclu.

La nouvelle version de la norme 820-1 ouvre un nouveau chapitre, tout au moins pour la normalisation allemande, car, pour la première fois, elle se fixe ses propres limites, à l'intérieur desquelles elle pourra opérer à l'avenir. Étant donné toutefois que la majeure partie du travail de normalisation ne se fait plus au niveau national, mais au niveau européen et international, il serait souhaitable que ces principes y trouvent également leur place.

Freeric Meier
meier@kan.de



3 questions à... Benjamin Pfalz, Président de la KAN

Benjamin Pfalz est secrétaire syndical dans la section Organisation du travail et protection de la santé au sein du Comité directeur d'IG Metall, le syndicat allemand de la métallurgie. Il est Président de la KAN depuis mai 2022.



Monsieur Pfalz, comment voyez-vous le chemin que suit la KAN aujourd'hui, et où souhaiteriez-vous aller ?

La KAN a considérablement évolué durant ces dernières années. Avec les objectifs de développement convenus par le Bureau, elle s'est dotée pour cela d'un cadre clair. Certains objectifs ont été atteints – je pense notamment au renforcement de notre engagement au niveau européen, avec l'étape importante qu'a été l'ouverture de notre antenne à Bruxelles.

En même temps, en partant de cette base, il s'agit maintenant d'élargir notre travail européen, y compris sur le plan conceptionnel et stratégique. Cela ne sera pas facile, mais j'ai bon espoir que nous trouverons une bonne approche pour le faire avec toutes les parties prenantes au sein de la KAN.

Durant ces dernières années, la KAN a montré à plusieurs reprises qu'elle savait parfaitement s'adapter quand les conditions changent. Un exemple en est l'attitude vis-à-vis des documents de normalisation à durée d'élaboration courte, comme nous les avons décou-

verts dans les formats tels que les DIN SPEC ou les VDE SPEC. Grâce à l'intervention de la KAN, il a été possible d'établir avec le DIN une procédure permettant d'exercer une influence également sur ces formats dans le but de défendre les intérêts de la SST.

Quels sont, selon vous, les sujets pour lesquels il est particulièrement important de ne pas lâcher prise ?

L'eupéanisation et internationalisation de la normalisation va nous confronter à d'énormes défis. Il suffit de penser aux trois projets de règlements de l'UE actuellement en cours d'examen, éminemment importants pour la SST : sur l'intelligence artificielle, sur les machines et sur les produits de construction, tous trois étayés par des normes qui ont un impact sur la SST.

La mutation technologique induite par la numérisation, mais aussi un contexte général marqué notamment par la montée en puissance du changement climatique ou par le Green Deal européen, vont s'accompagner de nombreux sujets sur lesquels la KAN devra se pencher. Cela s'exprime déjà dans les activités qui ont lieu autour des règlements de l'UE. Actuellement, par exemple, nous nous intéressons de plus près à la normalisation relative aux machines mobiles hautement automatisées sans conducteurs. Et on pourrait très vite trouver d'autres exemples. En même temps, les thèmes classiques de la sécurité des produits gardent pour nous toute leur importance, par exemple quand nous discutons des exigences auxquelles doivent répondre les échelles. Du point de vue de la SST, ce sont autant de sujets que nous ne devons pas perdre de vue.

Je pense que le défi consiste aussi à maintenir la KAN sur le bon cap, malgré l'étendue et la diversité des sujets à traiter. Nous devons suivre d'un œil critique les projets de normalisation en cours et veiller justement à ce que les réglementations contraignantes de

l'État et de l'assurance Accidents légale, qui garantissent la sécurité et la santé des travailleurs au travail, ne se trouvent pas sapées par la normalisation.

La scène européenne prend donc de plus en plus d'importance. Que peuvent faire les préventeurs pour accroître encore leur force d'action dans ce domaine ?

La KAN doit continuer à exercer son influence, systématiquement et aux endroits décisifs. Je pense par exemple aux collaborateurs des groupes parlementaires à Bruxelles, les « conseillers politiques », qui recherchent souvent désespérément une expertise externe et digne de confiance. En parvenant, avec le savoir de la KAN, à atteindre ces personnes, qui rédigent les documents de travail utilisés en séance et en discutent au sein des groupes parlementaires, nous aurons déjà fait valoir à un niveau important nos intérêts en matière de SST. Or, cela ne peut se faire qu'en entretenant systématiquement les contacts au sein de tous les groupes parlementaires. En même temps, d'après notre expérience syndicale, cela s'avère souvent plus efficace que d'agir individuellement auprès de tel ou tel parlementaire.

Un échange entre les parties prenantes de la KAN à propos des possibilités d'exercer une influence au niveau européen, et une action pouvant aller jusqu'à une coopération concrète avec les fédérations européennes des partenaires sociaux – pour autant que les intérêts se rejoignent – sont des pistes d'action qui, à mon avis, sont très prometteuses.

J'aimerais plaider résolument pour que nous ayons ensemble le courage d'entrer en campagne, en faisant le grand écart entre tout ce qui a déjà fait ses preuves et tout ce qui reste à conquérir. Sur la base solide de nos principes et dans le consensus de ses parties prenantes, la KAN est une plateforme efficace au service de la SST !

La rencontre de l'intelligence artificielle et de la SST

Quelque 130 experts issus des milieux de la SST, de la recherche, de la normalisation et de la réglementation se sont rencontrés le 20 octobre à Paris à la 7e conférence d'EUROSHNET pour discuter des impacts de l'intelligence artificielle sur la sécurité et la santé au travail.

L'intelligence artificielle (IA) est présente aujourd'hui dans de nombreux domaines, que ce soit le transport et la logistique, l'industrie, l'agriculture, la santé, les ressources humaines ou encore les assurances. Ce qui manque toutefois à ce jour, c'est une définition claire et nette de l'intelligence artificielle. Raja Chatila, professeur émérite à l'Institut des Systèmes intelligents et de Robotique de l'Université de la Sorbonne à Paris, a souligné que cette définition devait être suffisamment large pour couvrir tous les systèmes d'IA actuels et futurs, mais qu'elle devait être en même temps assez étroite pour permettre de formuler des exigences concrètes auxquelles doivent répondre ces systèmes. Les applications d'IA ont en commun le fait qu'elles traitent de grandes quantités de données et en tirent des conclusions logiques à partir de modèles statistiques. Ce faisant, l'IA n'est toutefois capable de reconnaître ni la qualité ni le contexte de ces données, et est souvent une « boîte noire » dont les processus décisionnels ne sont pas compréhensibles pour les humains.

Qu'est-ce qui caractérise une bonne IA ?

Pour que l'IA soit acceptée par les humains et utilisée de manière responsable, elle doit être digne de confiance. Un groupe d'experts de haut niveau dédié à l'IA au sein de la Commission européenne a élaboré des critères clés qui concrétisent la notion de fiabilité et qui doivent être remplis. On citera parmi eux le fait que c'est l'individu qui doit garder le contrôle des systèmes, que ceux-ci doivent être transparents, techniquement robustes et sûrs, garantir la protection des données et exclure toute discrimination et erreur systématique, et que la question de la responsabilité juridique doit être bien claire. Raja Chatila a également rappelé qu'il n'est pas possible de considérer l'IA de manière isolée, mais qu'il faut toujours la voir dans son contexte d'application, et donc en relation avec le système dans lequel elle est utilisée.

S'appuyant sur des exemples éloquentes, André Steimers, professeur à l'université de Coblenz, a montré comme il peut facilement arriver que l'IA tire des conclusions erronées. Cela peut s'expliquer par des données obsolètes ou non représentatives, mais il est parfois difficile, voire impossible pour l'individu de comprendre la raison de ces erreurs. Il faudrait alors se demander dans quelle mesure un système est fiable et quel degré d'automatisation on est prêt à accepter, surtout dans les domaines critiques pour la sécurité.

Sebastian Hallensleben, Président du comité commun CEN/CENELEC dédié à l'intelligence artificielle, a souligné l'importance de la contribution que peut apporter la normalisation pour la fiabilité de l'IA. Ce dont on a besoin, c'est d'une piste de solution qui soit praticable aussi bien par l'industrie que par les régulateurs et les consommateurs et qui permettent d'appréhender différents aspects. On pourrait par exemple envisager un label standardisé, tel ceux qui indiquent l'efficacité énergétique sur les appareils électriques. Ce label permettrait de s'informer d'un seul coup d'œil sur le degré de transparence, de compréhensibilité, de protection des données, de non-discrimination et de fiabilité d'un produit d'IA.

La nécessité d'un cadre réglementaire

Pour que l'IA soit utilisée en toute sécurité, il est indispensable que la réglementation européenne ne se laisse pas distancer par le progrès de la technique. Victoria Piedrafito, chargée, au sein de la Direction générale GROW de la Commission européenne, du projet de règlement sur les machines, a expliqué comment l'IA est prise en compte dans ce texte et comment celui-ci et le règlement sur l'IA s'imbriquent l'un dans l'autre. Ainsi, toutes les applications d'IA qui concernent des fonctions pertinentes pour la sécurité doivent être classées dans la catégorie de risques la plus élevée, pour laquelle une certification par un organisme notifié est obligatoire. Les risques qui apparaissent après la mise sur le marché en raison de l'auto-évolution des machines doivent être également pris en compte. Dans le cas contraire, les machines ne doivent pas être mises sur le marché, la sécurité étant un enjeu absolument prioritaire.

On ne sait pas encore exactement à l'heure actuelle dans quelle mesure le futur règlement sur l'IA sera applicable à des domaines qui concernent l'organisation de la prévention en entreprise ou des sujets relatifs à l'autonomie tarifaire. Antonio Aloisi, de l'IE University Law School à Madrid, a souligné que, dans de nombreuses tâches de management, des algorithmes remplacent aujourd'hui l'individu – ou tout au moins l'assistant : ils évaluent les CV, donnent des instructions de travail, mesurent les performances des salariés et ont même parfois un rôle à jouer dans les licenciements. Or, à ce jour, cela ne se reflète suffisamment ni dans la législation, ni dans les conventions collectives ou les évaluations de risques. Il faut remédier d'urgence à ces lacunes dans la réglementation. Plusieurs intervenants ont en outre souligné comme il est important que les données utilisées pour chacune des questions soient adéquates et équilibrées. Il peut sinon arriver que, lors de décisions automatisées, certaines catégories de personnes soient favorisées en fonction de leur sexe, de leur âge ou de leur couleur de peau.

Quelle doit être la rigueur de la réglementation ?

Lors de la table ronde finale, Isabelle Schömann (Confédération européenne des syndicats) a mis en garde sur le fait que, lors de la mise en place d'applications de l'IA, il ne fallait pas procéder selon la méthode essai-erreur. La législation européenne stipule clairement que les produits non sûrs sont inacceptables. Jörg Firmkorn (DEKRA) a plaidé en faveur d'un compromis : ce qu'il faut, c'est éviter tant une surréglementation qu'une sous-réglementation. Un risque calculé offre aussi la possibilité de tirer les leçons d'erreurs commises et d'améliorer la technique. Franck Gambelli (fédération patronale française UIMM) a établi un parallèle avec l'avènement de la robotisation, il y a 30 ans. Là aussi, il y a eu au départ de fortes réserves, qui ne se sont pas concrétisées. Ce qui est important, à son avis, c'est que la normalisation offre des aides concrètes pour la mise en œuvre. Christoph Preusse (BG Bois et Métal) a rappelé que les activités dans d'autres pays jouaient également un rôle pour l'Europe. La Chine et les États-Unis, par exemple, visent à élaborer des normes internationales qui touchent aussi des questions relatives à la conception des postes de travail. Les entreprises qui opèrent à l'échelle internationale ne sont pas disposées à faire la distinction entre diverses régions et à différencier leurs produits en conséquence.

Agir plutôt que réagir

« Pratiquer la prévention, c'est être proactif. Nous, les préventeurs, ne pouvons pas nous contenter d'attendre de voir ce qui se passe, puis d'agir », a résumé dans son allocution finale la Présidente d'EUROSHNET Pilar Cáceres Armendáriz, de l'Institut espagnol de la sécurité et santé au travail (INSST). En ce sens, la conférence contribue de manière importante à ce que les différents cercles intéressés dialoguent, apprennent les uns des autres et réfléchissent ensemble à la manière dont l'intelligence artificielle peut être prise en compte le mieux possible dans la législation et dans la SST.

Les **photos** de la conférence et les fichiers PDF de toutes les **interventions** peuvent être téléchargés sous www.euroshnet.eu/conference-2022.

*Sonja Miesner
miesner@kan.de*

*Michael Robert
robert@kan.de*



Vibrations sur les vélos à assistance électrique – un chemin semé d’embûches

Une étape importante a, certes, été franchie avec l’élaboration d’une méthode de mesurage des vibrations sur les vélos à assistance électrique (VAE), mais, dans l’ensemble, la manière dont les vibrations sont traitées dans les normes laisse encore à désirer.

Les VAE sont aujourd’hui omniprésents dans le paysage urbain. Leur utilisation à des fins professionnelles, que ce soit par des coursiers, des agents de police ou des facteurs, est également en constante augmentation. Il arrive à ces groupes de professionnels – à eux et à d’autres – de passer plusieurs heures par jour sur leur VAE. Ils doivent alors rouler parfois sur des chemins non goudronnés, des chaussées à l’asphalte endommagé ou des pavés. Le cycliste peut alors subir des vibrations potentiellement dangereuses pour sa santé.

Les VAE relèvent de la directive européenne Machines. Celle-ci prescrit que les machines doivent être conçues et construites de manière à réduire les risques dus aux vibrations. De plus, le fabricant doit fournir des informations sur les vibrations transmises par la machine à son utilisateur. Ces deux exigences doivent être également décrites dans les différentes normes de produit, ce qui, jusqu’à présent, n’était toutefois pas le cas pour les VAE. Un argument récurrent avancé contre le traitement des vibrations dans ces normes était le fait qu’il n’existait pas de méthode normalisée permettant de mesurer les vibrations sur les vélos¹.

La norme de base pour les VAE est la norme harmonisée EN 15194:2017 « Cycles – Cycles à assistance électrique – Bicyclettes EPAC ». Cette norme traite des VAE en général, et on peut y faire référence dans des normes relatives à des VAE plus spécifiques. Ainsi, la norme EN 17404:2022 sur les VTT EPAC

s’appuie sur la norme de base. Suite à un avis de la KAN, les vibrations ont été intégrées dans cette norme comme présentant un risque potentiel, seulement toutefois en cas d’utilisation professionnelle intensive. Concernant les vibrations, la EN 17404:2022 renvoie sinon aux travaux effectués actuellement sur la norme de base, excluant leur traitement dans cette norme. Dans la norme allemande DIN 79010:2022 sur les vélos de transport et vélos cargos biporteurs et multiporteurs, un risque potentiel dû aux vibrations a été également signalé à la suite d’une prise de position de la KAN. Le texte a été complété par des indications sommaires sur la manière de déterminer et de réduire les vibrations produites, et il est exigé que celles-ci soient indiquées. Des travaux sont actuellement en cours pour élaborer une série de normes européennes relative aux vélos cargos.

Ajustement prévu pour la norme générique

En 2020, les Pays-Bas ont déposé une objection formelle à la norme EN 15194 à propos des batteries. La KAN a profité de la discussion qui s’en est suivie pour aborder également la problématique des vibrations. Les cercles concernés se sont mis d’accord pour que soit élaborée une méthode de mesurage, et pour que les vibrations soient traitées dans le texte de la norme. En attendant, une mise en garde – déjà formulée – relative à la norme EN 15194 devait paraître dans le Journal officiel de l’UE pour lever la présomption de conformité aux exigences en matière de vibrations. La

Commission européenne ne l’a toutefois pas encore publié.

Les modifications ne suffisent pas

La méthode de mesurage des vibrations pour les vélos a été élaborée par le groupe-miroir allemand, et il devait être intégré dans la norme EN 15194 en tant que modification A2, sous forme d’annexe informative. Lors de l’enquête publique qui s’est déroulée début 2022, la KAN a soumis un avis à propos de cette modification, celle-ci ne contenant en effet aucune mesure visant à réduire les vibrations, et n’exigeant pas non plus que les vibrations soient indiquées et décrites. De plus, une annexe informative ne suffit pas. Il faudrait que cette annexe soit normative pour que les fabricants qui déclarent la conformité de leurs VAE avec cette norme soient tenus d’utiliser la méthode décrite, les vibrations relevées devenant ainsi comparables.

La séance de délibération nationale et européenne a déjà eu lieu. On attend encore la publication de la modification. Dans l’état actuel des choses, il est prévu d’intégrer les vibrations comme étant des risques potentiels, mais les autres commentaires de la KAN n’ont pas été retenus. De ce fait, même après la modification, la norme EN 15194 ne concrétise pas les exigences de la directive Machines relatives aux vibrations. Il faudrait que cet état de fait soit signalé de manière adéquate dans l’annexe ZA, qui met en évidence le lien entre chaque norme européenne et la directive Machines. Si ce n’est pas le cas, la mise en garde préparée reste d’actualité et devrait être publiée le plus rapidement possible.

Dr. Anna Dammann
dammann@kan.de



©blende11photo - stock.adobe.com

¹ Voir aussi la KANBrief 1/20, www.kan.de/fr/publikationen/kanbrief/transport-et-circulation/velos-a-assistance-electrique-gare-aux-secousses

Adaptation du règlement de l'UE sur la normalisation

Le Conseil et le Parlement européen sont parvenus à un accord sur l'adaptation du règlement européen relatif à la normalisation. Ce règlement définit les procédures d'élaboration des normes harmonisées au sein de l'UE.

Les ajustements portent en particulier sur les points suivants :

- La participation exclusive des représentants des organismes nationaux de normalisation dans les processus de prise de décision concernant les normes européennes et les publications en matière de normalisation européenne (garantir pleinement le principe de délégation nationale).
- Confirmation du rôle important des parties prenantes dans le processus de normalisation (veiller si possible à la participation de toutes les parties prenantes).
- Préciser le rôle des pays tiers dans le processus de prise de décision.

L'accord provisoire obtenu est soumis à l'approbation du Conseil et du Parlement européen. Du côté du Conseil, cet accord doit d'abord être approuvé par les ambassadeurs des États membres, avant de passer par les étapes formelles de la procédure d'adoption. Le règlement entrera en vigueur le vingtième jour suivant celui de sa publication au Journal officiel de l'Union européenne.

Communiqué de presse : <https://t1p.de/nhtg3>

Sécurité des tables de thérapie : état des lieux

Sur les tables à réglage électrique en hauteur, il arrive régulièrement que des personnes se trouvent coincées entre des éléments de construction. Dans son rapport 4/2022, l'Institut pour la sécurité et la santé au travail de la DGUV (IFA) présente une méthode permettant d'évaluer l'efficacité d'une mesure de protection pour les scénarios d'accidents et situations dangereuses possibles. Une description détaillée de cette méthode et une série d'exemples en facilitent l'application.

D'autres informations destinées aux fabricants et exploitants de tables de thérapie ont été rassemblées sur le site web de l'organisme d'assurance sociale allemand des accidents du travail et des maladies professionnelles dans les secteurs médico-sociaux (BGW). Il s'agit notamment de modèles pour une évaluation des risques, d'une déclaration pour les tables neuves et les équipements de modernisation, grâce à laquelle les fabricants confirment qu'ils respectent les recommandations de l'Institut fédéral des médicaments et dispositifs médicaux (BfArM), ainsi que d'une liste de FAQ. Les exploitants qui sont assurés auprès du BGW peuvent bénéficier d'une aide financière pour la modernisation de tables de thérapie, ou l'achat de nouvelles dotées d'une technique de sécurité particulièrement performante.

Rapport de l'IFA : <https://publikationen.dguv.de>, code web 22285 (en allemand)

Informations du BGW : www.bgw-online.de/therapieliegen (en allemand)

Actualisation de la position de la KAN sur l'éclairage

La KAN a actualisé son document de position « Prise en compte dans la normalisation des effets non visuels de l'éclairage artificiel ». L'élément déclencheur a été la révision du DIN SPEC 67600 (Rapport technique), qui a été republié en août 2022 en tant que Spécification technique DIN/TS 67600, sous le titre « Critères complémentaires pour la conception et l'utilisation de l'éclairage en ce qui concerne les effets non visuels de la lumière ». Malgré des connaissances scientifiques alors encore insuffisantes, le document initial contenait des recommandations détaillées de planification sur les effets non visuels de la lumière. De plus, elles concernaient l'organisation de la prévention en entreprise.

Ces exigences, critiquées par la KAN, ont été reformulées en termes de relations de cause à effet. Le document ne contient plus d'exigences et peut donc, du point de vue de la SST, être utilisé comme source d'information.

Version actualisée de la position de la KAN (en anglais) : <http://t1p.de/KAN-Position-Lighting-2022>

Publications

L'intelligence artificielle dans la pratique de l'entreprise – Notions de base pour un bon départ

La brochure de l'Union fédérale des syndicats patronaux allemands (BDA) donne un aperçu des aspects importants dont une entreprise doit tenir compte lors de la mise en place de l'intelligence artificielle. Dans quel but est-il prévu d'introduire l'IA ? Quelle est la rentabilité de l'IA pour tel ou tel processus ? Dispose-t-on de suffisamment de données dans la qualité requise pour procéder à l'apprentissage et à l'introduction de l'IA ? La brochure informe en outre sur les aspects à prendre en compte pour la cogestion et la protection des données. Des interviews donnent un aperçu de l'utilisation de l'IA dans la pratique.

<https://t1p.de/BDA-KI> (en allemand)

Internet

Les domaines législatifs de l'UE expliqués simplement

L'UE présente sur son site web des synthèses des principaux actes législatifs de l'UE : les directives, les règlements et les décisions, et ce pour plus d'une trentaine de domaines d'action politique européens – allant de A comme « Affaires institutionnelles » à T comme « Transports ».

Courtes et faciles à comprendre, ces synthèses disponibles dans les 24 langues officielles de l'UE sont destinées à un public général non spécialisé. Chacune contient un lien renvoyant au texte officiel intégral de l'acte en question.

<https://eur-lex.europa.eu/browse/summaries.html?locale=fr>

Termine / Events / Agenda



24.01.23 » Online

Webinar

Harmonized Healthcare Standards

CEN/CENELEC

www.cencenelec.eu 🔗 healthcare

25.-26.01.23 » Essen

Fachtagung

Arbeitsschutztagung

Haus der Technik

www.hdt.de/arbeitsschutztagung-h020011286

13.-14.02.2023 » Essen

Seminar

Ausbildung zum Sicherheitsbeauftragten

Haus der Technik

www.hdt.de/ausbildung-zum-sicherheitsbeauftragten-h020061598

01.-03.03.23 » Hannover

69. GfA-Frühjahrskongress 2023

Nachhaltig Arbeiten und Lernen

GfA e.V.

www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de

09.-10.03.23 » Friedrichshafen

Kongress und Fachausstellung

Tage der Ergonomie 2023

Ergonomie-Kompetenz-Netzwerk ECN e.V.

www.e-c-n.de/kongresse/tde2023.htm

30.-31.03.23 » Dresden

Fachveranstaltung

Sicher + gesund = nachhaltig!

Die Zukunft der Arbeit

IAG

www.dguv.de/iag/veranstaltungen/zukunft-der-arbeit/2023

25.04.2023 » Essen

Seminar

Weiterbildung für Sicherheitsbeauftragte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Haus der Technik

www.hdt.de 🔗 Sicherheitsbeauftragte

25.-26.04.23 » Online

Seminar

Basiswissen Normung

DIN-Akademie

www.beuth.de/de/online-seminar/basiswissen-normung/118163816

02.-03.05.23 » Essen

Seminar

Grundlagen der Maschinen- und Anlagensicherheit

Haus der Technik

www.hdt.de/grundlagen-der-maschinen-und-anlagensicherheit-h020027787

10.05.23 » Fellbach

Fachveranstaltung

Tag der Arbeitssicherheit

Landesverband Südwest der DGUV

www.dguv.de/landesverbaende/de/veranstaltungen/tag-der-arbeitssicherheit

15.-18.05.23 » Manchester

Conference

Inhaled particles and NanOEh Conference 2023

British Occupational Hygiene Society

www.bohs.org 🔗 NanOEh

24.-25.05.23 » Hamburg

Fachveranstaltung

Arbeitsschutz-Fachtagung

TÜV NORD Akademie

www.tuev-nord.de 🔗 Arbeitsschutzfachtagung

Bestellung / Ordering / Commande

www.kan.de » Publikationen » Bestellservice (kostenfrei)
www.kan.de/en » Publications » Order here (free of charge)
www.kan.de/fr » Publications » Bon de commande (gratuit)



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Herausgeber / publisher / éditeur

Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)
mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales

Redaktion / editorial team / rédaction

Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN), Geschäftsstelle
Sonja Miesner, Michael Robert
Tel. +49 2241 231 3450 · www.kan.de · info@kan.de

Verantwortlich / responsible / responsable

Angela Janowitz, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction

Odile Brogden, Marc Prior

Publikation

vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

ISSN: 2702-4024 (Print) · 2702-4032 (Online)